



Fraktion der Progressiven Allianz der
Sozialdemokraten
im Europäischen Parlament

Progressive Society ist eine Initiative der Fraktion
der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten
im Europäischen Parlament

www.socialistsanddemocrats.eu



TheProgressives



socialistsanddemocrats



socsanddems



socsanddems



socsanddems



socialistsanddemocrats

Hierbei handelt es sich um eine Kurzfassung. Der gesamte
Bericht kann auf der folgenden Webseite abgerufen werden
www.socialistsanddemocrats.eu/progressivesociety

Disclaimer:

Dies ist ein Bericht, der von den Mitgliedern der Independent Commission for Sustainable Equality (ICSE) erstellt und in persönlicher Eigenschaft gebilligt wurde. Die in diesem Bericht enthaltenen Ansichten, Meinungen und politischen Empfehlungen spiegeln daher nicht unbedingt die offiziellen Positionen der S&D-Fraktion im Europäischen Parlament oder der Regierung, politischen Partei oder Organisation wider, der die Mitglieder der ICSE angehören.

Herausgeber: Marcel Mersch

Progressive Society Sekretariat:

Marcel Mersch
Torben Schenk
Antoine Varoquié

Oktober 2021

s-d.progressivesociety@europarl.europa.eu

Über Progressive Society

Progressive Society ist eine Initiative der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament (S&D Fraktion) unter der gemeinsamen Leitung der Fraktionsvorsitzenden Iratxe García Pérez und des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Eric Andrieu.

Sie wurde im Januar 2018 ins Leben gerufen und dient der Aufgabe, die politische Arbeit der S&D Fraktion im Zusammenhang mit Fragen der nachhaltigen Entwicklung zu bereichern.

Im Hinblick auf die Europawahlen 2019 legte die Initiative im November 2018 einen ersten Bericht vor. Dieser Bericht wurde gemeinsam mit einer Gruppe unabhängiger Experten, der Independent Commission for Sustainable Equality (kurz: ICSE) unter der gemeinsamen Leitung von Poul Nyrup Rasmussen und Louka Katseli entwickelt. Er lieferte Beiträge zur Erstellung des Wahlprogramms 2019 der Sozialdemokratischen Partei Europas, und viele seiner Politikempfehlungen fanden nach der Europawahl Eingang in das Arbeitsprogramm der neuen Europäischen Kommission.

Die S&D Fraktion ist die einzige Fraktion im Europäischen Parlament, die über eine kohärente Strategie für nachhaltige Entwicklung verfügt, die sich mit allen hierfür notwendigen Politikbereichen beschäftigt. Um diesen Ansatz weiterzuentwickeln und ihn mit wichtigen Stakeholdern, insbesondere in den Gewerkschaften und bei Nichtregierungsorganisationen, zu koordinieren, ist die Progressive Society Initiative von der S&D Fraktion mit der weiteren Vertiefung des Verständnisses von Nachhaltigkeitsherausforderungen beauftragt. So soll sie Hilfsmittel sein, um progressiver Politik und progressiven Politikerinnen und Politikern beim Erreichen des Ziels zu unterstützen, eine Gesellschaft zu schaffen, die Nachhaltigkeit und sozialen Zusammenhalt ermöglicht.

Vorwort

Stellen Sie sich eine Gesellschaft vor, in der das Wohlergehen der Menschen an erster Stelle steht, in der Politik sich am Prinzip der Nachhaltigkeit orientiert. Stellen Sie sich eine Gesellschaft vor, in der Wirtschaftswachstum nicht der einzige Maßstab für Erfolg ist. Diese fortschrittliche Gesellschaft, an die wir glauben, ist keine Utopie. Sie ist möglich und notwendig, um eine nachhaltige Lebensweise zu gewährleisten. Diese Vision erfordert jedoch einen großen Umbruch. Immer mehr Menschen teilen diesen Wunsch nach Veränderung. Immer mehr Menschen sind sich bewusst, dass der Kapitalismus zu einem ungerechten und unmenschlichen wirtschaftlichen Paradigma geworden ist. Immer mehr Menschen verstehen, dass die Fixierung auf das Wirtschaftswachstum unseren Planeten an seine Grenzen bringt, die Kluft zwischen Arm und Reich vergrößert und unsere Sozialmodelle untergräbt. Unsere Bestrebungen finden mittlerweile auf höchster politischer Ebene in Europa breite Zustimmung. Die Staats- und Regierungschefs der EU kamen beim jüngsten Sozialgipfel in Porto zu dem Schluss, dass Wachstum nichts bedeutet, wenn es das Leben der Menschen nicht verbessert.

Die Menschen und ihre Probleme müssen im Mittelpunkt der Politik stehen. Anstatt Fehler im System anzugehen, wurde den Bürgerinnen und Bürgern jedoch weisgemacht, dass eine am Bruttoinlandsprodukt (BIP) orientierte und auf Haushaltskonsolidierung ausgerichtete Politik alternativlos sei. Auf diese Weise dominierte die Kürzungspolitik der ‚Austerität‘ in den letzten zehn Jahren die EU-Politik. Austerität ist eine gescheiterte politische Strategie, und die Pandemie hat den Investitionsstau in wichtigen öffentlichen Diensten, insbesondere in den Bereichen Gesundheit und Forschung, auf grausame Weise zum Vorschein gebracht. Es ist an der Zeit, über das BIP hinauszuschauen. Es gilt, menschliches Leid und Umweltzerstörung zu stoppen und uns von einer übermäßigen Ausrichtung auf wirtschaftlichen Profit zu entfernen.

Wir leben in außergewöhnlichen Zeiten. Zukünftige Generationen werden uns nach unserer Fähigkeit beurteilen, gestärkt aus dieser Pandemie hervorzugehen und jenen zu helfen, die Hilfe am dringendsten benötigen. Trotz einigen Zögerns und Zauderns zu Beginn der Coronakrise hat sie sich zu einem Weckruf entwickelt. Die führenden Politikerinnen und Politiker in der EU zeigen, dass sie die Lehren aus der Vergangenheit gezogen haben. COVID-19 hat unser Leben in gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht auf beispiellose Art und Weise verändert. Die Pandemie hat die bestehenden Ungleichheiten in fast allen Bereichen der Gesellschaft verschärft. Die Zukunft nach der Pandemie kann nicht auf einem „Business-as-usual“-Ansatz beruhen, sondern erfordert ein radikales Umdenken unserer Gesellschaft und Wirtschaft. Nachhaltigkeit und sozialer Zusammenhalt, einschließlich ökologischer, gesundheitlicher und sozialer Fortschritte und Gleichstellung der Geschlechter, müssen im Mittelpunkt unseres Strebens nach einer besseren Zukunft stehen.

Die Bürgerinnen und Bürger erwarten von der Politik neue und konkrete Antworten. Die Menschen fordern einen neuen europäischen Gesellschaftsvertrag. Um dieser Erwartung gerecht zu werden, haben wir beschlossen, die Arbeit der Progressive Society Initiative wiederzubeleben und eine umfassende Auseinandersetzung mit den zukünftigen Leitfäden für unser politisches Handeln zu beginnen. Dies ist keine bloße philosophische oder intellektuelle Übung. Durch diese Arbeit will die S&D Fraktion echte Veränderungen herbeiführen. Wir haben es schon einmal getan und werden es wieder tun. Mehr als die Hälfte der 110 Empfehlungen des ersten Berichts von Progressive Society aus dem Jahr 2018 wurden in das aktuelle Arbeitsprogramm der EU-Kommission übernommen, darunter der Europäische Grüne Deal, der Aktionsplan zur Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte und die Reform des Europäischen Semesters auf der Grundlage der Nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen. Wir haben mit historischen Errungenschaften wie Next Generation EU klare Spuren auf der europäischen Agenda hinterlassen. Unser Bemühen gilt der Förderung einer gesellschaftlichen und ökonomischen Erholung, die niemanden zurücklässt. Angesichts der Größenordnung der vor uns liegenden Herausforderungen gilt es, hierbei nicht nachzulassen.

Zeit für Nachhaltigkeit und sozialen Zusammenhalt ist das Ergebnis der Arbeit der Independent Commission for Sustainable Equality unter dem gemeinsamen Vorsitz von Poul Nyrup Rasmussen und Teresa Ribera Rodríguez. Dieser Bericht soll sicherstellen, dass wir für die Herausforderungen unserer Zeit gerüstet sind und über neue, ehrgeizige und gangbare Ideen für kommende politische Auseinandersetzungen verfügen. Er beschreibt unsere gemeinsame Vision für eine fortschrittliche Gesellschaft, in der Klimaneutralität und nachhaltiger sozialer Zusammenhalt im Mittelpunkt unseres Denkens stehen.

In der S&D Fraktion haben wir unsere Arbeitsweise bereits geändert, um integrativer und partizipativer zu werden. Wir integrieren neue Ideen und setzen sie in konkretes politisches Handeln um. Wir sind bereit, dies für die vor uns liegende Aufgabe auch weiterhin zu tun. Bis 2024, dem Jahr der nächsten Europawahlen, und darüber hinaus gilt es, den Übergang in eine bessere Zukunft zu gestalten und zu vollziehen.

Iratxe García Pérez
Vorsitzende der S&D Fraktion
im Europäischen Parlament



Vorwort

Die Coronavirus-Pandemie, gegen die die Welt derzeit kämpft, belegt eindrücklich, dass gesundheitliche und ökologische Krisen enger miteinander verbunden sind, als wir dachten. Die Pandemie hat zunehmend zerstörerische Auswirkungen auf die Wirtschaft und das soziale Gefüge unserer Gesellschaften. Wie dramatisch diese Auswirkungen letztendlich ausfallen werden, ist immer noch schwer abzuschätzen. Wie es weitergeht, wird weitgehend von den politischen Entscheidungen abhängen, die wir heute treffen.

Die gegenwärtige Krise offenbart die Grenzen und Widersprüche unserer Gesellschaften und unseres vorherrschenden Wirtschaftssystems. In einer globalisierten Welt, die nach wie vor von immer stärker konzentrierten wirtschaftlichen Interessen, einer Überkonzentration des Reichtums, eines schrumpfenden Einflusses nationaler Regierungen und zu viel Laissez-faire-Politik geprägt ist, werden die natürlichen Lebensräume unseres Planeten und unser Klima weiterhin unerbittlich zerstört und ganze Länder und Gesellschaften einem ungewissen Schicksal überlassen.

Voraussetzung für ein alternatives Entwicklungsmodell ist eine politische Agenda, die in der Lage ist, die ganze Komplexität der gegenwärtigen, ineinander verflochtenen und systemischen Krisen anzugehen und zu überwinden. So wird es immer offensichtlicher, dass die Erderwärmung nicht nur ein in der Geschichte unseres Planeten beispielloses Ausmaß erreichen und zu weit verbreiteten und möglicherweise unumkehrbaren Katastrophen führen könnte, sondern gleichzeitig auch zu einer zusätzlichen Triebfeder wachsender sozialer Ungerechtigkeit wird. Klar ist somit, dass der Kampf für eine gerechtere Gesellschaft zum Scheitern verurteilt ist, solange unser Planet weiter an den Rand des Kollapses geführt wird, noch wird der Einsatz gegen Klimawandel und den Verlust der Biodiversität Früchte tragen, solange soziale Ungerechtigkeiten fortbestehen.

Die wichtigste Botschaft dieses Berichts ist somit, dass progressive politische Kräfte eine neue Allianz zwischen ökologischem und sozialem Fortschritt schmieden müssen. Der Einsatz für die Umwelt und für eine gerechtere Gesellschaft sind Teil desselben Kampfes.

Mit diesem zweiten Bericht der Progressive Society Initiative schlägt die ICSE daher nicht weniger als einen neuen Weg der nachhaltigen Entwicklung vor, der mithilfe einer Vielzahl innovativer Maßnahmenvorschläge erläutert wird. Ziel ist es, sich einer wirklich fortschrittlichen und umfassenden politischen Strategie anzunähern, um den anhaltenden Klima- und Biodiversitätsnotstand zu bewältigen und gleichzeitig eine gerechtere und somit stabilere Gesellschaft aufzubauen, die auf sozialer Gerechtigkeit und Solidarität fußt. Dieser Bericht ist daher als ein teils

radikaler Vorschlag gedacht, der die Zukunft des europäischen Einigungsprojekts inspirieren kann und sollte.

Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten hat sich unser Einsatz stets am Ziel einer freieren, gerechteren und nachhaltigeren Gesellschaft orientiert. Wir sind mehr denn je entschlossen, eine Gesellschaft zu ermöglichen, die sich an den Bedürfnissen aller ihrer Mitglieder orientiert. Wir setzen uns dafür ein, die EU wieder an dieses Ziel und die damit verbundenen Versprechen zu koppeln. Wir sind davon überzeugt, dass dies mehr denn je erreichbar ist.

Natürlich ist dies keine leichte Aufgabe. Als progressive Kräfte können wir es uns ein Scheitern nicht in Frage. Ein epochaler Umbruch bahnt sich, ob wir es wollen oder nicht. Unser Ansinnen ist es, dafür zu sorgen, dass er sich im Sinne der vielen, und nicht im Sinne weniger privilegierter vollzieht.

Eric Andrieu
Stellvertretender Vorsitzender
der S&D Fraktion im
Europäischen Parlament



» In diesem Zusammenhang gilt es vor allem, soziale und ökologische Krisen nicht mehr getrennt voneinander, sondern als in sich verknüpfte Gestaltungsherausforderungen zu begreifen.«

Progressive Society ist eine Initiative der S&D Fraktion im Europäischen Parlament unter der gemeinsamen Leitung der Fraktionsvorsitzenden Iratxe García Pérez und des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Eric Andrieu.

Ziel der Initiative ist es, die S&D Fraktion in ihrer politischen Arbeit mit Analysen und mit inhaltlichen Impulsen im Zusammenhang mit Fragen der nachhaltigen Entwicklung zu unterstützen.

Mit einem ersten Bericht aus dem Jahr 2018 lieferte Progressive Society einen ersten Beitrag zur Erneuerung progressiver und sozialdemokratischer Politik und argumentierte, dass diese zukünftig am übergeordneten Ziel des nachhaltigen sozialen Zusammenhalts ausgerichtet sein müsse. In diesem Zusammenhang gilt es vor allem, soziale und ökologische Krisen nicht mehr getrennt, sondern als in sich verknüpfte Gestaltungsherausforderungen zu begreifen.

Dieser zweite Bericht erweitert und ergänzt dieses Vorhaben und enthält mehr als 200 konkrete Empfehlungen in den Bereichen Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik für die Politik auf europäischer und globaler Ebene. Er ist das Ergebnis eines einjährigen Diskussionsprozesses innerhalb einer unabhängigen Kommission aus renommierten Experten und politischen Entscheidungsträgern (der ‚Independent Commission for Sustainable Equality‘, ICSE) unter dem gemeinsamen Vorsitz der Vize-Premierministerin von Spanien, Teresa Ribera Rodríguez, und des ehemaligen dänischen Premierministers und ehemaligen Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE), Poul Nyrup Rasmussen.

ZUSAMMEN- FASSUNG

Den Ausgangspunkt der Arbeit der ICSE bilden sieben konzeptionelle Überlegungen, die den Rahmen der von ihr formulierten Maßnahmenvorschläge über alle Politikbereiche hinweg abstecken. Diese Vorüberlegungen werden im ersten Kapitel des Berichts detailliert beschrieben und gehen von folgenden Erwägungen aus:

- 1** Das aktuelle politische Klima lässt sich am treffendsten mit dem Begriff der Prekarität beschreiben. Prekarität vermittelt sich durch in der Gesellschaft weit verbreitete Existenzängste, die sich aus einem erhöhten Bewusstsein für erhebliche Zukunftsrisiken, wie dem Klimawandel oder schwächer werdenden sozialen Sicherungssystemen, speisen. Zur Bekämpfung von Prekarität bedarf es eines mutigen Politikwechsels, der verlorengegangenes Vertrauen in die Politik wiederherstellt.
- 2** Da sich in unseren Gesellschaften verschiedene Formen von Ungleichheit überschneiden und komplexe Verflechtungen bilden, muss die zukünftige Politik auf diese Komplexität zugeschnitten sein, um Fortschrittsperspektiven zu eröffnen.
- 3** Das bedeutet insbesondere, dass die Sozial- und Umweltpolitik künftig zusammen gedacht werden müssen, um innovative Formen sozial-ökologischen Fortschritts zu erzeugen.
- 4** Nachhaltiger sozialer Zusammenhalt erfordert eine lebendige Demokratie und eine starke Bürgerbeteiligung auf allen Ebenen.
- 5** Die Eindämmung von Prekarität und Ungleichheiten kann nur mithilfe eines sozial-ökologischen Staates gelingen, der tradierte Vorstellungen von Wohlfahrtsstaatlichkeit erweitert und an die Realitäten des 21. Jahrhunderts anpasst.
- 6** Der grundlegende Ansatz der Wirtschaftspolitik, der sich auf Wirtschaftswachstum als alleiniger Maßstab gesellschaftlichen Fortschritts versteift, muss dafür zugunsten eines neuen, auf Nachhaltigkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt ausgerichteten Ansatzes überwunden werden.
- 7** Die COVID-19-Pandemie hat vielen Bürgerinnen und Bürgern die Schwächen und Unzulänglichkeiten des heutigen Wirtschafts- und Sozialsystems ins Bewusstsein gerufen und liefert somit zusätzliche Argumente für einen weitreichenden Politikwechsel.

Daneben legt die ICSE in Abschnitt 1.8 des Berichts eine detaillierte Definition des zentralen Begriffs des nachhaltigen sozialem Zusammenhalts vor.

» Die Öffentlichkeit wird sich dieser Krisen zunehmend bewusst. Immer häufiger führt dies zu Verunsicherung und Entfremdung.«



Unsere Gesellschaften sind in ein System eingebettet, das am treffendsten als global entfesselter Kapitalismus bezeichnet werden kann. In seiner vorherrschenden Form beruht es in erster Linie auf einer Dynamik, die darauf vertraut, dass durch intensiven wirtschaftlichen Wettbewerb kurzfristiges Wirtschaftswachstum erzeugt werden kann. Der daraus resultierende materielle Wohlstand wird gemeinhin als Garant wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts gesehen.

Gleichzeitig ging mit dieser Dynamik jedoch auch die Entstehung eines aufgeblähten und auf kurzfristige Renditen fokussierten Finanzsektors einher. Daneben ist eine zunehmende Konzentration von Reichtum und Macht in den Händen Weniger zu beobachten, die sich nicht zuletzt aus massiver und im globalen Maßstab organisierter Steuerhinterziehung speist. Auch die fortschreitende Zerstörung der globalen Umwelt sowie die sich zuspitzende Klimakrise können auf die Wirkweise dieses Systems zurückgeführt werden.

**EINE ANDERE ZUKUNFT
IST MÖGLICH**

44%

Das reichste Prozent der Weltbevölkerung besitzt 44 Prozent des weltweiten Privatvermögens.

Trotz historischer Fortschritte bei der Mehrung menschlichen Wohlstands in vielen Teilen der Welt, inklusive der Europäischen Union, wird heute immer offensichtlicher, dass die inhärenten Mängel und Widersprüche dieses Systems nicht mehr tragbar sind. Denn immer klarer tritt zu Tage, wie die von ihm verursachten sozialen und ökologischen Krisen eine Größenordnung erreicht haben, die seine historischen Vorteile immer mehr überwiegen. Gleichzeitig bietet die Erfahrung der globalen Pandemie und die Niederlage des Trumpismus in den USA eine weltpolitische Gelegenheit von möglicherweise historischer Bedeutung, für deren Nutzung im Sinne eines globalen Politikwechsels die Europäische Union ideal positioniert ist.

Für eine andere, lebenswertere Zukunft gilt es daher, ein neues Fortschrittsmodell zu definieren – eines, das sich nicht auf ständiges Krisenmanagement beschränkt und stattdessen voll auf die Schaffung nachhaltigen sozialen und ökologischen Fortschritts ausgerichtet ist. Dieser Herausforderung will sich die Independent Commission for Sustainable

Equality (ICSE) mit diesem Bericht stellen. Zu diesem Zweck will sie Bürgerinnen und Bürgern und der Politik konkrete Lösungsansätze beschreiben, die das Potenzial haben, Wirtschaft und Gesellschaft nachhaltiger und gerechter zu gestalten.

Dieses neue Fortschrittsmodell zielt darauf ab, gesellschaftlichen Zusammenhalt zu ermöglichen, die Menschheit gegen zukünftige Krisen zu wappnen und radikale Unsicherheit durch radikale Nachhaltigkeit in allen Dimensionen der menschlichen Existenz und Zusammenarbeit zu ersetzen. Notwendigerweise muss es dazu ein neues Verhältnis zwischen Mensch und Umwelt definieren, um den Erhalt und die Regeneration unserer natürlichen Lebensgrundlage sicherzustellen.

Die politische Agenda, die sich aus diesem Vorhaben ableitet, beruht auf der Überzeugung, dass die Menschheit diesen Planeten unter voller Achtung seiner natürlichen Grenzen in einen Ort des inklusiven Fortschritts für alle verwandeln kann. Dies sollte als Richtschnur für progressive politische Kräfte im Einsatz für eine andere, bessere Zukunft dienen. Wir appellieren an die Politik in Europa und weltweit, sich mit uns auf dieses ehrgeizige Projekt einzulassen. In diesem Sinne gilt es, die in diesem Bericht vorgestellten Politikempfehlungen weiter zu stärken, fortzuentwickeln und Kräfte zu bündeln, um den notwendigen Politikwechsel voranzutreiben.

» Für eine andere, lebenswertere Zukunft gilt es daher, ein neues Fortschrittsmodell zu definieren.«



Seit dem Zweiten Weltkrieg ist der Kompass von Regierungen auf ein einziges, übergeordnetes Ziel ausgerichtet: die Maximierung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) durch permanentes Wirtschaftswachstum. Obwohl diese politische Maxime zur Schaffung beispiellosen materiellen Wohlstands beitragen konnte, werden ihre Grenzen und Unzulänglichkeiten heute immer deutlicher. Denn besonders in jüngerer Vergangenheit ging die Fixierung auf das Wirtschaftswachstum Hand in Hand mit wachsenden Ungleichheiten, steigenden Armutsquoten, prekärer Beschäftigung und fortschreitender Umweltzerstörung.

Zur Überwindung der hierdurch verursachten sozialen und ökologischen Krisen reichen die aktuellen Versuche, das Wachstumsdogma durch die Festsetzung von Klimaschutzziele zu zähmen, nicht aus. Stattdessen wird die Förderung nachhaltigen gesell-

schaftlichen Zusammenhalts nur durch eine vollständige Abkehr vom Wachstumsdogma gelingen. Dazu braucht es einen neuen politischen Rahmen und Kompass, in dem nicht das Wohl der Wirtschaft, sondern Nachhaltigkeit und sozialer Zusammenhalt in den Mittelpunkt rücken. Zur Erreichung der sich daraus ableitenden Politikziele müssen evidenzbasierte, langfristig angelegte politische Strategien entwickelt werden, für deren Umsetzung ausreichende Investitionsmittel zur Verfügung gestellt werden. Dies macht umfassende Reformen der wirtschafts- und finanzpolitischen Strukturen der EU zwingend erforderlich. Daneben müssen innovative Steuerungs- und Koordinierungsmechanismen entwickelt werden, die es den EU-Mitgliedsstaaten, Parlamenten und Stakeholdern erlauben, gemeinsam Herausforderungen zu erkennen, Prioritäten zu setzen und aufeinander abgestimmte Lösungsansätze zu entwickeln.

LEBEN IN EINER WIRTSCHAFT, DIE NACHHALTIGKEIT UND SOZIALEM ZUSAMMENHALT DIENT

» Immer mehr Bürgerinnen und Bürger beginnen zu verstehen, wie das rücksichtslose Streben nach Wachstum und Profit zu einem Menschheitsproblem geworden ist.«

Ebenfalls unumgänglich sind Reformen im Finanzsektor und in der digitalen Wirtschaft. Denn insbesondere in diesen Wirtschaftssektoren bleibt das Paradigma des zügellosen Wachstums als Selbstzweck nach wie vor bestimmend. Dabei besteht im Hinblick auf die Reform des Finanzsektors eine zentrale Herausforderung darin, Kapital aus nicht nachhaltigen Formen des Wirtschaftens in Sektoren, Projekte und Unternehmen mit eindeutigem Nutzen für Nachhaltigkeit und sozialen Zusammenhalt umzuleiten. Dazu muss die EU-Agenda für ein nachhaltiges Finanzwesen vertieft und beschleunigt werden, unter anderem in Gestalt von Maßnahmen, die auf die Schaffung eines Finanzwesens abzielen, das nicht nur ‚grüne‘ Investitionen fördert, sondern auch sozial nachhaltig wirkt. In Bezug auf die Digitalwirtschaft sind neue regulatorische Rahmenbedingungen und leistungsfähigere Behörden von entscheidender Bedeutung, sowohl bei der Regulierung als auch bei der Regeldurchsetzung, um sicherzustellen, dass sich Digitalisierung nicht mehr ausschließlich im Sinne einer kleinen Anzahl globaler Megakonzerne vollzieht, die im Streben nach Profiten das Gemeinwohl außer Acht lassen.

Darüber hinaus muss eine neue Wirtschaftspolitik für nachhaltigen sozialen Zusammenhalt die Privatwirtschaft mobilisieren, sodass Fragen der ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit in allen Bereichen unternehmerischer Tätigkeit zentrale Anliegen werden. Hierzu müssen die richtigen Rahmenbedingungen und Anreize gesetzt werden,

15%

15% der Beschäftigten in der EU leben trotz Vollzeitbeschäftigung unterhalb der Armutsgrenze.

um sicherzustellen, dass Unternehmen nicht nur nach Shareholder Value streben, sondern auch ihrer sozialen Verantwortung nachkommen. Unter anderem erfordert dies, dass Unternehmen verpflichtet werden, umfassende Nachhaltigkeitsstrategien festzulegen und über deren Umsetzung zu berichten. Als ein weiterer Baustein einer solchen Strategie kann auch die Unterstützung von Stakeholder-orientierten Unternehmen dienen, zum Beispiel in Form von sogenannten Gemeinwohlunternehmen oder der Sozialwirtschaft. Schließlich muss die Einbeziehung des Privatsektors in sogenannte missionsorientierte Formen der Innovation, die auf die Lösungen zentraler gesellschaftlicher Herausforderungen abzielen, als Schlüssel betrachtet werden, damit Unternehmen und Märkte in den Dienst des nachhaltigen sozialen Zusammenhalts gestellt werden.

» Ein weit verbreitetes, jedoch extrem eng gefasstes Verständnis von Resilienz ist das des Zurückkehrens in einen früheren Zustand nach einer vorübergehenden Störung (einem Schock, einer Krise...). Dem diesem Bericht zugrundeliegenden Verständnis entspricht dies nicht.«

Anfang 2020 legte die Europäische Kommission einen Vorschlag zur Einrichtung eines ‚Fonds für einen gerechten Übergang‘ vor. Die Operationalisierung des Konzepts des gerechten Übergangs durch die Europäische Kommission ist ein sinnvoller politischer Schritt, der darauf abzielt, dass der Wandel hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft auf sozial gerechte Art und Weise erfolgt. Bedauerlicherweise liegt den Arbeiten der Kommission jedoch keine substanzielle Definition des Begriffs des gerechten Übergangs zugrunde, wodurch im Unklaren bleibt, welche konkreten Anliegen und Ziele eigentlich verfolgt werden. Ein zu begrenzter Ansatz, der blind für das tatsächliche Ausmaß der sozialen Herausforderungen ist, die die kommenden Jahrzehnte mit sich bringen werden, wäre gefährlich, da er die erheblichen sozialen und politischen Risiken unterschätzen könnte, die sich aus einer ambitionierten Klimapolitik ergeben werden.

Zur Lösung dieses Problems entwickelt dieser Bericht einen umfassenden, progressiven Ansatz für den gerechten Übergang. Die Absicht dabei ist, Konflikte zwischen sozial- und umweltpolitischen Zielen zu vermeiden - denn diese würden bedeuten, dass insbesondere die Schwächsten der Gesellschaft die Kosten eines solchen Übergangs tragen müssten. Ein echter sozial-ökologischer Wandel muss stattdessen auf Umweltveränderungen mit sozialem Fortschritt antworten, Stabilität garantieren und Schutz bieten. Ein besonderer Schwerpunkt wird daher auf eine vorausschauende und integrative Politikgestaltung gelegt. Denn der Aufbau von Ressourcen und Fähigkeiten zur Antizipation struktureller Veränderungen, damit die Politik eingreifen kann, bevor Schaden entsteht, ist der Schlüssel zu Gerechtigkeit und nachhaltigem sozialen Zusammenhalt.

LEBEN IN EINER GESELLSCHAFT DES WANDELS: ZEIT FÜR EINEN GERECHTEN ÜBERGANG

Dieses Vorhaben umfasst die Entwicklung einer zeitgemäßen und progressiven Definition des Konzepts der Resilienz. Sie verpflichtet die Politik, Resilienz im Kontext von Nachhaltigkeit und sozialem Zusammenhalt zu verstehen, indem das gesamte ökologisch-sozial-ökonomisch-politische System in den Mittelpunkt der Betrachtung rückt. In diesem Zusammenhang rückt insbesondere eine Frage in den Fokus: Wer entscheidet, wann und warum ein bestimmtes System als „resilient“ gelten soll, und welche politischen Ziele sollen mithilfe von politischen Maßnahmen zur Förderung von Resilienz und gesellschaftlicher Transformation erreicht werden? Aus diesem Grund zielt der hier vorgestellte Ansatz eines gerechten Übergangs darauf ab, die Demokratie selbst (wieder) zu beleben. Denn nur eine echte partizipative Demokratie besitzt die erforderliche Legitimität, um die weitreichenden Reformvorhaben zu entwickeln, die unabdingbar sind, um nachhaltigen sozialen Zusammenhalt in der Europäischen Union Wirklichkeit werden zu lassen.

Dieser Bericht schlägt daher vor, auf allen politischen Ebenen integrative Beteiligungs- und Steuerungsmechanismen zu schaffen, damit Bürgerinnen und Bürger, Kommunen, Gewerkschaften und Arbeitgeber an der Formulierung und Umsetzung von Strategien zur Schaffung nachhaltigen sozialen Zusammenhalts teilhaben können. In gleicher Weise wird die entscheidende Rolle der allgemeinen und beruflichen Bildung und des lebenslangen Lernens als Wegbereiter für eine nachhaltige Zukunft für Europa und hervorgehoben.

Der Wandel hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft kann nur dann dem Versprechen gerecht werden, dass niemand auf der Strecke bleibt, wenn die weitreichenden Verteilungseffekte zwischen gesellschaftlichen Gruppen, Regionen, Städten und Gemeinden aktiv gesteuert werden. Unsere Definition eines gerechten Übergangs plädiert daher für die Anwendung eines ortsbezogenen Ansatzes, der dazu einlädt, vielfältige und regional differenzierte Entwicklungsstrategien zu entwerfen. Dies öffnet die Tür für komplexere, aber auch gerechtere Lösungen, die mit undifferenzierten Pauschalansätzen nicht erreichbar wären. Um einen gerechten Übergang zu gewährleisten, gilt es schließlich, sich mit den zwei Dimensionen von Klimagerechtigkeit zu befassen. Dazu muss die ungleiche Gefährdung von Individuen und sozialen Gruppen durch Umweltrisiken in der Gesellschaft und am Arbeitsplatz einerseits und die Notwendigkeit eines spezifischen Bemühens um soziale Gerechtigkeit in der Umweltpolitik andererseits anerkannt werden.



Extremwetterereignisse haben zwischen 1980 und 2019 Wirtschaftsschäden von 449 Milliarden Euro in Europa verursacht.



Vieles deutet darauf hin, dass sich die Menschheit in Folge der globalen Umweltzerstörung akuter und lebensbedrohlicher Gefährdungen ausgesetzt sieht. Führende Klimaforscher befürchten, dass die Erderwärmung Kipppunkte in den Ökosystemen unseres Planeten auslösen wird, die zu möglicherweise unumkehrbaren Katastrophen ungekannten Ausmaßes führen werden, sofern nicht umgehend und entschieden gehandelt wird. Die Verringerung des globalen Treibhausgasausstoßes muss somit mit höchster Priorität vorangetrieben werden. Scheitern darf und kann hierbei keine Option sein. Denn fraglos würden die Erschütterungen, die ansonsten unausweichlich wären, nicht nur die Umwelt schädigen, von der wir Menschen abhängig sind, sondern auch zur Schwächung unserer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Systeme führen.

Der Klimawandel ist ein „Krisenmultiplikator“, der tiefgreifende Auswirkungen auf Frieden und die Stabilität in der Welt hat. Mittlerweile ist allgemein bekannt, dass Umweltzerstörung und menschengemachter Klimawandel die Paradebeispiele für die destruktive Ausrichtung unseres heutigen Wirtschafts- und Entwicklungsmodells sind. Weniger bekannt ist jedoch nach wie vor, wie sehr die Umweltkrise und Ungleichheiten sowie Ungerechtigkeiten ineinandergreifen: Das reichste 1% der Erde ist für doppelt so viele CO₂-Emissionen verantwortlich wie die gesamte ärmste Hälfte der Menschheit. Das Gleiche gilt für die globale Umweltverschmutzung und ihre schädlichen Auswirkungen auf Natur und Mensch. Ökologische Krisen verstärken Ungleichheiten, ebenso wie Ungleichheiten Umweltschäden verstärken.

»Luftverschmutzung gilt als das größte Umweltrisiko in Europa.«



**LEBEN AUF EINEM
GESUNDEN PLANETEN**

1.5°C

Um den globalen Temperaturanstieg auf 1,5 Grad zu beschränken, darf das verbleibende Kohlenstoffbudget **von 416 Gt CO₂ nicht überzogen werden**. Unter den aktuellen Bedingungen wäre dieses Budget innerhalb der nächsten zehn Jahre aufgebraucht.

Dass die Europäische Union beispiellose umweltpolitische Ambitionen zeigt, ist unbestreitbar. Das Ziel der Klimaneutralität bis zum Jahr 2050 ist zu einem rechtsverbindlichen Ziel der EU-Politik geworden und ebnet somit den Weg für eine dringend benötigte ehrgeizige Umweltagenda. Aus Sicht der ICSE sollte dies Gelegenheit zu einer ambitionierten und breit gefassten Umgestaltung Europas bieten. Eine echte Umweltagenda darf dabei nicht nur darauf abzielen, unsere Lebensgrundlage und den Planeten zu schützen, sondern muss durch eine vollwertige sozial-ökologische Agenda aktiv zur Erreichung nachhaltigen sozialen Zusammenhalts beitragen.

Zu diesem Zweck wird ein umfassender Ansatz zur Reduzierung von CO₂-Emissionen mit dem Ziel vorgeschlagen, die CO₂-Bepreisung, die Verteilung der dadurch entstehenden Lasten und die europäische Klimapolitik in ihrer Gesamtheit aufeinander abzustimmen, um eine gerechte Verteilung von Handlungs- und Entwicklungsspielräumen zwischen Ländern und Stakeholdern herbeizuführen. Insbesondere sollten Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung verwendet werden, um möglichen negativen sozialen und wirtschaftlichen Folgen des Entkarbonisierungsprozesses entgegenzuwirken.

Ebenso wichtig ist es, die Klimaziele der Europäischen Union für 2030 in einen konkreten politischen Rahmen einzubetten, der deren Umsetzung plausibel

und realistisch macht. Zu diesem Zweck sollte die EU als führender Förderer von Transformationsmaßnahmen auftreten, indem sie eine integrierte Industriepolitik entwickelt, die sich auf strategische Missionen im Zusammenhang mit der Entkarbonisierung konzentriert, die Infrastrukturpolitik und die Mobilitätspolitik an diese langfristige Vision anpasst, nachhaltige Produktion und nachhaltigen Konsum fördert und Maßnahmen zur Erweiterung der natürlichen Kohlenstoffsenken in die Wege leitet.

Die Logik des nachhaltigen sozialen Zusammenhalts hat bei der Gestaltung von Klima- und Umweltschutzmaßnahmen das Potenzial, kurz- und langfristige Vorteile für Umwelt und Gesellschaft zu erzeugen, indem sie die intrinsischen Verbindungen zwischen sozialen und ökologischen Systemen als Grundlage für eine gerechte und nachhaltige Wirtschaft und Gesellschaft in den Vordergrund rückt. Unter anderem leitet sich hieraus der Auftrag an die EU-Politik ab, Fragen der Biodiversität mit größerer Aufmerksamkeit zu belegen, um die Wechselwirkungen zwischen menschlichen Aktivitäten, Ökosystemen und dem Klima in den Blick nehmen zu können. Hieraus ergibt sich nicht zuletzt, dass eine moderne Gesundheitspolitik eines kohärenten Ansatzes bedarf, der sowohl die Gesundheit von Menschen als auch die Gesundheit von Ökosystemen zum Gegenstand macht. Auch im Hinblick auf die Nahrungsmittelversorgung ergibt sich die Notwendigkeit eines Umsteuerns. So gilt es, vollständige Kohärenz zwischen Gemeinsamer Agrarpolitik, Ernährungs-, Umwelt- und Klimapolitik zu gewährleisten. Da Luft-, Wasser- und Bodenverschmutzung sowie die Verwendung gefährlicher Chemikalien die Gesundheit aller Bürgerinnen und Bürger gefährden können, fordert die ICSE schließlich die Schaffung eines einheitlichen Rechtsrahmens auf EU-Ebene, der den komplexen Verflechtungen zwischen den für Umwelt und Gesundheit relevanten Politikbereichen gerecht wird.

»Neben der grassierenden Armut sind Einkommens- und Vermögensungleichheiten zentrale Dimensionen der europäischen Sozialkrise.«

Bereits Ende 2019 galten 21% der EU-Bevölkerung, mehr als 90 Millionen Bürgerinnen und Bürger, als von Armut und Ausgrenzung bedroht. Die COVID-19-Pandemie hat diese Situation verschärft: Erste Prognosen gehen davon aus, dass vor allem Geringverdiener die Hauptlast der wirtschaftlichen Folgen der Krise tragen. Gleichzeitig besitzt 1% der Haushalte in Europa ungefähr 25% des Nettovermögens des Kontinents, ohne dass auf diese Sachwerte – in allen außer in einem einzigen EU-Mitgliedsstaat – Vermögenssteuern fällig würden. Prekarität und Ungleichheit in diesem Maße erzeugen Fliehkräfte in den Gesellschaften Europas, die sie in der Bewältigung der Herausforderungen schwächen, derer sie sich angesichts der Klimakrise, des demografischen Wandels und der Digitalisierung unweigerlich ausgesetzt sehen. Die Modernisierung des europäischen Sozialmodells ist daher als notwendige Bedingung für die Zukunftsfähigkeit Europas zu betrachten.

Geeignete Lösungsstrategien müssen bei der Entwicklung wirksamer Sicherheitsnetze gegen Armut ansetzen. Trotz des gravierenden Ausmaßes der europäischen Armutskrise fehlt es den Maßnahmen der EU in diesem Bereich bislang jedoch an Entschlossenheit und Durchschlagskraft. Um dies zu korrigieren,

sollte ein europäisches Armutsbekämpfungsgesetz verabschiedet werden, das die vollständige Beseitigung der Armut in Europa bis 2050 als rechtsverbindliches Ziel der EU-Politik festlegt - so wie es das EU-Klimagesetz im Bereich des Klimaschutz tut. Ein solches Gesetz würde die EU und ihre Mitgliedstaaten dazu verpflichten, die Ursachen von Armut zu beseitigen. Die Stärkung der sozialen Sicherungssysteme und eine adäquate Regulierung von Arbeitsmärkten, die derzeit von prekären und atypischen Formen unsicherer Beschäftigung und Niedriglohnbeschäftigung gezeichnet sind, sind in diesem Zusammenhang von zentraler Bedeutung. Die Bekämpfung von Wohnungsnot, die Familien in vielen Teilen Europas dazu zwingt, erhebliche Teile ihres Einkommens für Wohnkosten aufzuwenden, stellt eine weitere Notwendigkeit dar. Das Gleiche gilt für Maßnahmen zur Stärkung der Pflegeinfrastruktur in der EU, damit verhindert wird, dass Arbeitnehmer, insbesondere Frauen, vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen werden. Die Festlegung gemeinsamer politischer Strategien und Lösungsansätze sowie deren Untermauerung durch EU-Investitionen kämen einer nachdrücklichen Manifestation des Engagements der EU für das Wohlergehen ihrer Bürgerinnen und Bürger gleich.

LEBEN IN EINER GERECHTEN, GLEICHBERECHTIGTEN UND VIELFÄLTIGEN GESELLSCHAFT



Neben Armut sind Einkommens- und Vermögensungleichheiten zentrale Dimensionen der europäischen Sozialkrise. Immer deutlicher wird dabei, dass Steuer- und Lohnfestsetzungssysteme in Europa angesichts des härter werdenden globalen Wettbewerbs und des freien Kapitalverkehrs an Wirksamkeit verlieren. Die Stärkung von Tarifsyste men, ihre Anpassung an neue Arbeitsmarktrealitäten und die Förderung von Lohntransparenz sind entscheidende Maßnahmen, die daher dringend umgesetzt werden müssen. Ebenso ist die Gewährleistung einer gerechteren und wirksamen Besteuerung von Privatvermögen und Unternehmenseinkommen durch koordinierte Maßnahmen auf EU und globaler Ebene ein notwendiges Element einer wirksamen Strategie, um die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich zu schließen. Einkommenssteigerungen und -umverteilung können jedoch nicht das einzige Rezept zur Korrektur gesellschaftlicher Schief lagen sein. Dies gilt insbesondere angesichts der globalen Umweltkrise, die eine effizientere Nutzung von verfügbaren Ressourcen notwendig macht. Die gemeinschaftliche Nutzung von Ressourcen durch den Ausbau öffentlicher Güter und Dienstleistungen und die Unterstützung von Bürgerinitiativen zum Aufbau von Formen kollektiven Vermögens müssen daher ebenfalls zentrale Elemente einer künftigen Sozialpolitik sein.

Die COVID-19-Pandemie hat auch deutlich gemacht, wie sehr unsere Gesellschaften auf gesellschaftliche Gruppen angewiesen sind, die bislang oft ein Dasein am Rande unseres Wirtschafts- und Sozialmodells fristen müssen. Während Frauen, ethnische Minderheiten, Jugendliche und andere Gruppen mit außergewöhnlichen Belastungen konfrontiert waren, um Gesellschaften am Laufen zu halten, bleibt ihr Zugang zu sozialen, wirtschaftlichen und politischen Chancen eingeschränkt und ungleich. Es ist daher ein Gebot der Fairness, das politische Bemühen, um Chancengleichheit für alle Mitglieder der Gesellschaft zu intensivieren, um nachhaltigen sozialen Zusammenhalt zu fördern, der alle in Europa miteinschließt. Dies erfordert sowohl gezielte Maßnahmen für spezifische gesellschaftliche Gruppen, beispielsweise zur Erreichung der gesellschaftlichen Gleichstellung von Frauen und Migranten, als auch horizontale Maßnahmen zur Stärkung der Grundrechte und der Rechtsstaatlichkeit.

21% 

Mehr als 90 Millionen Bürgerinnen und Bürger, fast 21% der Bevölkerung der EU, gelten aktuell als von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht.

» Viel zu lange konnten Unternehmen immer größere Profite machen, während die Kosten der dabei entstandenen sozialen und ökologischen Schäden auf die Allgemeinheit abgewälzt wurden.«



Ein Blick aus der Vogelperspektive auf die globale politische Landschaft von heute zeigt nicht etwa eine dynamische globale Transformation hin zu mehr Nachhaltigkeit und sozialem Zusammenhalt, sondern vielmehr eine Transitzone, in der Wandel in bestimmten Bereichen voranschreitet, während andere unberührt bleiben. Einen Plan dafür, wie die globale Gesellschaft aus dieser Transitzone herausgeführt werden kann, sucht man vergeblich.

Vor diesem Hintergrund der globalen politischen Instabilität hat die Pandemie ein neues Licht auf die ökologischen und sozialen Folgen eines Weltwirtschaftssystems geworfen, in dem Wohlstand gleichbedeutend ist mit kurzfristig orientiertem Wirtschaftswachstum statt mit nachhaltigem sozialem Zusammenhalt. Und sie hat eines deutlicher denn je gemacht: Die Milliarden menschlicher Schicksale auf unserem Planeten sind heute enger miteinander verflochten als jemals zuvor.

Die durch die Pandemie verursachten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Schäden sind selbst in den reichsten Teilen der Welt weitreichend und nur mit Mühe zu verkraften. In weniger entwickelten Ländern sind sie verheerend, und es wird viele Jahre dauern, sie zu überwinden. Dies bedeutet einen herben Rückschlag für die Agenda für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen, die in den Zielen für nachhaltige Entwicklung Ausdruck findet. Viele der Fortschritte, die seit ihrer Formulierung im Jahr 2015 erzielt wurden, sind nun zunichte gemacht.

LEBEN IN EINER WELT DER NACHHALTIGKEIT UND DES GLOBALEN ZUSAMMENHALTS

» Die EU hat ein unmittelbares Interesse daran, den sozialen Zusammenhalt weltweit zu fördern - denn dies schafft und sichert Frieden auf der ganzen Welt.«

Die Pandemie hat eine Welt getroffen, die sich in einer globalen Metakrise verfangen hat, in der der Klimawandel, der fortschreitende Verlust von Biodiversität, tief verwurzelte Armut und klaffende Ungleichheiten in zunehmendem Maße zusammenwirken. Um diese Metakrise aufzulösen, braucht es eine neue Generation von aufeinander abgestimmten politischen Ansätzen und Maßnahmen – insbesondere entlang der Schnittstelle zwischen Mensch und Umwelt. Ihr Ziel muss es sein, die grundlegende Logik des vorherrschenden Wirtschaftsmodells neu zu kalibrieren, vom nicht nachhaltigen Nachkriegsrezept des ‚Wachstum = Fortschritt‘ hin zu einem neuen Ansatz, das nachhaltige sozialen Zusammenhalt hervorbringt.

Im globalen Streben nach nachhaltigem sozialem Zusammenhalt wird es entscheidend auf die Führungsrolle der EU ankommen. Ihre (positiven wie negativen) Erkenntnisse und Erfahrungen bei der internen Auseinandersetzung mit Problemen und Krisen, die sowohl die europäische und globale Politik gleichermaßen vor Herausforderungen stellen, wie etwa der Klimawandel und wachsende Ungleichheiten, sind unerlässlich, um globale Lösungsansätze zum Erfolg zu führen.

Die Herausforderungen, denen sich ein solcher grundlegender politischer Wandel auf globaler Ebene stellen muss, sind zahlreich. So wird es darauf ankommen, Solidarität in der Bewältigung der globalen Pandemie zu fördern, den Zielen für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen neuen Schwung zu verleihen, den Kampf für das 1,5°-Klimaziel voranzubringen und einen globalen Green Deal zu entwickeln. Zur Erreichung dieser Ziele ist es zwingend notwendig, einen neuen globalen Gesellschaftsvertrag zu schließen, die Tätigkeiten globaler Konzerne in einen regelbasierten Rahmen einzubetten, ein wirklich nachhaltiges Welthandelssystem zu strukturieren und die Entwicklungszusammenarbeit zu einem starken Hebel für nachhaltige Entwicklung zu machen.



Der Gesamtwert der zehn wertvollsten Unternehmen der Welt ist vergleichbar mit **dem Wirtschaftsprodukt der 180 ärmsten Länder.**

ANHANG

Übersicht der Politikempfehlun- gen des Berichts



Leben in einer Wirtschaft, die Nachhaltigkeit und sozialem Zusammenhalt dient
**Nachhaltigkeit und sozialer
 Zusammenhalt als neuer Kompass
 für die Politik**

01

Ein neues Fundament für die EU-Politik: ein Pakt für Nachhaltigkeit und sozialen Zusammenhalt.

02

Die institutionellen Voraussetzungen für eine neue EU-Politik im Dienst von Nachhaltigkeit und sozialem Zusammenhalt schaffen: neue Strukturen in der Europäischen Kommission, im Europäischen Parlament und Rat.

03

Die Zusammenarbeit zwischen den EU-Institutionen und die parlamentarische Kontrolle in Bezug auf den Pakt für Nachhaltigkeit und sozialen Zusammenhalt stärken.

04

Die EU-Finanzpolitik mit dem Ziel der Ermöglichung nachhaltigen sozialen Zusammenhalts in Einklang bringen.

05

Eine EU-Fiskalkapazität zur Stabilisierung der Volkswirtschaften der Eurozone einrichten.

06

Den EU-Haushalt auf die Förderung von Nachhaltigkeit und sozialem Zusammenhalt ausrichten.

07

Neue Eigenmittel für den EU-Haushalt.

08

Geldpolitik in den Dienst von Nachhaltigkeit und sozialem Zusammenhalt stellen.

09

Kohärenz im Sinne von Nachhaltigkeit und sozialem Zusammenhalt durch integrierte Politikkoordinierungs- und Haushaltsverfahren gewährleisten.



Leben in einer Wirtschaft, die Nachhaltigkeit und sozialem Zusammenhalt dient Das Finanzwesen und die digitale Wirtschaft reformieren: Nachhaltigkeit und sozialen Zusammenhalt in den Mittelpunkt rücken

10

Den ursprünglichen Zeitplan für die Umsetzung der EU-Taxonomie für grüne Finanzen beibehalten.

11

Die grüne Taxonomie durch eine soziale Taxonomie ergänzen.

12

Ein horizontales Prinzip der 'Vermeidung erheblicher Beeinträchtigungen' definieren.

13

Einheitliche EU-Standards für grüne und soziale Anleihen festlegen.

14

Die Verfügbarkeit von Nachhaltigkeitsinformationen auf den Finanzmärkten verbessern.

15

„Braune“ Investitionen erschweren.

16

Kohlenstoff-Stresstests im Finanzsektor anwenden.

17

Umfassende Netto-Null-CO₂-Strategien von Banken und Finanzunternehmen verlangen.

18

Die EU-Verordnung über Ratingagenturen reformieren und eine öffentliche EU-Agentur schaffen.

19

Die Zuständigkeiten von Aufsichts- und Regulierungsbehörden müssen das gesamte Spektrum der von Online-Plattformen berührten Regulierungsbereiche abdecken.

20

Strengere Fusionskontrolle und Ahndung von Verstößen gegen Auflagen.

21

Interoperabilität zwischen digitalen Diensten und Marktplätzen gewährleisten.

22

Personalisierte Werbung verbieten.

23

Nutzerbindungstechniken regulieren.

24

Vielfalt auf dem Online-Marktplatz für Waren, Dienstleistungen und Inhalte fördern.

25

Ein europäischer Rechtsrahmen für Datenaltruismus.

26

Künstliche Intelligenz an ethische Standards binden.

27

Verpflichtende Zulassungsverfahren für KI-Anwendungen.

28

Den Einsatz von Künstlicher Intelligenz transparent machen und die Rechte der Bürgerinnen und Bürger stärken.

29

Eine ehrgeizige Industriepolitik für ethische KI „Made in Europe“.

30

Nationale Kompetenzzentren für ethische KI einrichten.



Leben in einer Wirtschaft, die Nachhaltigkeit und sozialem Zusammenhalt dient
Die Privatwirtschaft in den Dienst von Nachhaltigkeit und sozialem Zusammenhalt stellen

31

Verpflichtende Nachhaltigkeitsstrategien auf Unternehmensebene.

32

Eine europäische Richtlinie zur Sorgfaltspflicht von Unternehmen.

33

Staatliche Beihilfen und den Zugang zum öffentlichen Auftragswesen von guter Unternehmensführung abhängig machen.

34

Arbeitnehmermitbestimmung stärken.

35

Zugang zu Informationen und Beteiligungsrechte stärken.

36

Langfristige Unternehmensinteressen gegen falsche Anreizstrukturen für das Management schützen.

37

Stimmrechte von Großaktionären beschränken.

38

„Geduldige“ Aktionäre belohnen.

39

Eine EU-Richtlinie zur Schaffung eines Benefit-Corporation-Statuts in allen EU-Mitgliedsstaaten.

40

Anreize und Unterstützungsleistungen für Benefit Corporations.

41

Ein EU-Aktionsplan für die Sozialwirtschaft, der auf aktuelle Herausforderungen zugeschnitten ist.

42

Eine spezialisierte Dienststelle der Kommission zur Koordinierung der Politik für die Sozialwirtschaft.

43

Einbeziehung der Sozialwirtschaft in die künftige EU-Taxonomie für ein sozial nachhaltiges Finanzwesen.

44

Die Digitalisierung der Sozialwirtschaft fördern.

45

Zusammenarbeit zwischen der Sozialwirtschaft und konventionellen Unternehmen fördern.

46

Aufbau sektorübergreifender Kapazitäten zur Steuerung von missionsorientierten Innovationsprozessen in der Europäischen Kommission.

47

Den missionsorientierten Innovationsansatz mainstreamen.

48

Europäische Innovationszentren einrichten.

49

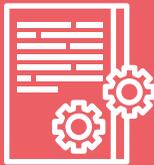
Die europäische Nachhaltigkeitswissenschaft fördern.

50

Die Förderung von Forschung und Innovation in der Privatwirtschaft anpassen.

51

Einen europäischen Standard für Innovationsfonds entwickeln.



Leben in einer Gesellschaft des Wandels: Zeit für einen gerechten Übergang Resilienz: ein inklusives Konzept zur Umsetzung transformativer Strategien

52

Entwicklung umfassender Vulnerabilitätsindikatoren für die EU, die Mitgliedsstaaten und die Regionen (NUTS-2-Ebene).

53

Entwicklung eines umfassenden Dashboards mit Resilienzindikatoren für die EU und ihre Mitgliedsstaaten.

54

Vulnerabilität und Resilienz im Hinblick auf Nachhaltigkeit und sozialen Zusammenhalt analysieren.



Leben in einer Gesellschaft des Wandels: Zeit für einen gerechten Übergang Partizipative Entscheidungsprozesse und offene Demokratie für einen gerechten Übergang

55

Das Konzept eines gerechten Übergangs rechtlich verbindlich definieren und Mindeststandards für partizipative Verfahren der Politikgestaltung festlegen. Die Sozialpartnerschaft und die Rolle der Gewerkschaften sollten dabei gerade im Europäischen Klimagesetz und im Europäischen Grünen Deal ausdrückliche Erwähnung finden.

56

Die Mitgliedsstaaten verpflichten, im Rahmen ihrer Nationalen Energie- und Klimapläne nationale „Strategien für einen gerechten Übergang“ zu erarbeiten.

57

Einen Beirat für den Europäischen Grünen Deal mit Gewerkschaftsvertretungen einrichten.

58

Den Geltungsbereich von Tarifverhandlungen auf Fragen des gerechten Übergangs ausweiten.

59

Vereinbarungen auf Branchen- und Unternehmensebene schließen, um die künftige Entwicklung des Qualifikationsbedarfs zu erfassen und sektorale Qualifizierungsräte einzurichten.

60

Entwicklung und Stärkung von Gewerkschaftsnetzwerken auf Unternehmensebene und Einbeziehung der Beschäftigten in die Bewertung der Umweltbilanz ihres Unternehmens.

61

Das Engagement und die aktive Beteiligung aller Stakeholder fördern, einschließlich der Jugend, um den Übergang zu einem nachhaltigeren Europa zu beschleunigen.

62

Integrative und lokale Verfahren für einen gerechten und inklusiven Übergang entwickeln.

63

Einführung eines europäischen Vereinsstatuts zur Stärkung der Vereinigungs-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit.

64

Einberufung einer Reihe von Bürgerkonferenzen auf gesamteuropäischer Ebene.

65

Bürgerinnen und Bürger in deliberative und partizipative Strukturen einbeziehen, um über gewünschte und konkrete Wege zu Nachhaltigkeit und sozialem Zusammenhalt zu diskutieren.

66

Sicherstellen, dass Informationen über von der EU finanzierte Investitionen und Maßnahmen allen Bürgerinnen und Bürgern zugänglich sind, und dass eine demokratische Überwachung solcher Projekte auf lokaler Ebene erleichtert wird.

67

Die Europäische Kommission sollte innovative Lösungen entwickeln, die das Potenzial digitaler Technologien nutzen, um effektiv mit den Bürgerinnen und Bürgern in Kontakt zu treten.

68

Entwicklung eines europäischen Modells für lokale und regionale Verfahren zur Förderung klimasensibler öffentlicher Haushalte.



Leben in einer Gesellschaft des Wandels: Zeit für einen gerechten Übergang Bildung und lebenslanges Lernen

69

Ganzheitliche Bildung als öffentliches Gut schützen und die gesellschaftliche Rolle von Schule und Bildung stärken.

70

Die Europäische Union sollte eine breit angelegte Konsultation zur Zukunft von Bildung in einer sich ständig verändernden und vernetzten Welt einleiten.

71

Die Verwirklichung des Europäischen Bildungsraums muss zentrales Instrument zur Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte werden und die Mitgliedsstaaten zu konkreten Maßnahmen in dieser Hinsicht zu verpflichten.

72

Die Berücksichtigung der Bedürfnisse aller wichtigen Akteure im Bildungsbereich (einschließlich des Lehrpersonals, Schulleitungen, Schüler, Eltern, Kommunen und Gemeinden) ist wichtig für eine integrative Bildung, die eine demokratische Schulkultur schafft.

73

Die Europäische Kommission sollte Studien und Folgenabschätzungen durchführen und Ziele für die Zukunft des Bildungswesens auf der Grundlage verlässlicher Daten zu den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf Bildung, Schüler und Lehrer formulieren.

74

Die herausragende gesellschaftliche Rolle von Lehrberufen und des Bildungswesens sollte nicht zuletzt durch eine angemessene Finanzierung von Bildung und Entlohnung von Lehrkräften anerkannt werden.

75

Nachhaltige Investitionen in Bildung fördern, um Innovationen mit den besten Lern- und Lehrmitteln in Schulen zu ermöglichen.

76

Gewährleistung einer angemessenen, langfristigen Finanzierung auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene, auch durch den Haushalt der EU (2021-2027) und Next Generation EU, um das volle Potenzial von Bildung für die Förderung von Nachhaltigkeit und sozialen Zusammenhalt über alle Lernbereiche hinweg zu erschließen.

77

Sicherstellen, dass die Europäische Kompetenzagenda für nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit zu sozialer Gerechtigkeit, Resilienz und zur Verwirklichung des Rechts auf lebenslanges Lernen beiträgt.

78

In Unternehmen, die auf öffentliche Mittel für die Weiterqualifizierung von Arbeitnehmern zugreifen, unter Einbeziehung von Arbeitnehmervertretern kompetenzbasierte Vergütungssysteme einführen, um sicherzustellen, dass sich solche öffentlichen Investitionen in Aus- und Weiterbildung auch für die an diesen Programmen teilnehmenden Beschäftigten rentieren.

79

Der Aktionsplan für digitale Bildung soll dazu beitragen, den digitalen Übergang in der Bildung voranzutreiben, um die Ausbildung entsprechend den Bedürfnissen der Lernenden zu unterstützen und Menschen im ländlichen Raum zu erreichen.

80

Die EU-Mitgliedsstaaten sollten die Umwelt und Bildungspolitik besser miteinander verknüpfen und aufeinander abstimmen. Daneben sollte die Europäische Kommission die Entwicklung nationaler Strategien für ‚grüne‘ Bildung und grüne Qualifizierungsstrategien unterstützen.

81

Strategien zur Vermeidung eines gravierenden Fachkräftemangels in Industriesektoren entwickeln, insbesondere mithilfe von Maßnahmen zur Förderung des lebenslangen Lernens, die ältere Beschäftigte dabei unterstützen, neue Qualifikationen, insbesondere im Bereich der neuen Technologien, zu erwerben.

82

Politische Bildung, die eine gerechte, integrative und gerechte Gesellschaften fördert, muss von der frühen Kindheit bis ins Erwachsenenleben in die gesamte Bildung integriert werden.

83

Förderung eines grünen Bewusstseins in Qualifizierungs-, Bildungs- und Ausbildungsprogrammen als wichtiger Bestandteil der staatsbürgerlichen Kompetenz.

84

Integration der nachhaltigen Entwicklung in die Bildungs- und Ausbildungspolitik und entsprechende Programme wie dem Europäischen Bildungsraum und dem Aktionsplan für digitale Bildung in Übereinstimmung mit den Nachhaltigen Entwicklungszielen.



Leben in einer Gesellschaft des Wandels: Zeit für einen gerechten Übergang
Ein gerechter Übergang und ortsbezogene Strategien für nachhaltigen Zusammenhalt

85

Eine systematische ortsbezogene Erhebung von Daten zur Gesundheitsgefährdung durch Umweltrisiken, gegliedert nach Berufs- und Einkommensgruppen, sowie zur Verteilung von Umweltrisiken auf gesellschaftliche Gruppen.

86

Systematische Erfassung von Daten zur Veränderung von Lebensbedingungen auf lokaler Ebene sowie zu den Auswirkungen von Handel, Globalisierung und Automatisierung auf subnationaler Ebene.

87

Analyse der Veränderungen auf den Arbeitsmärkten, die durch den wirtschaftlichen Übergang zu einem neuen Produktionssystem und die damit verbundenen Prozesse des Strukturwandels verursacht werden.

88

Zur Stärkung demokratischer und partizipativer Elemente im Zusammenhang mit regionalen Transformationsleistungen sollte eine effektive Kontrollfunktion für Akteure der lokalen Zivilgesellschaft ermöglicht werden.

89

Berücksichtigung der Bedürfnisse der am stärksten von Strukturbrüchen gefährdeten Regionen in allen EU-Politiken, insbesondere im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Unterstützung der Energiewende und des digitalen und des industriellen Übergangs.

90

Sicherstellen, dass die Vorbereitung von Strukturreformen Folgenabschätzungen (impact assessments) der lokalen Auswirkungen der damit verbundenen Maßnahmen umfassen.

91

Förderung von Investitionen in Sektoren mit hohem Beschäftigungs- und Umweltschutzpotenzial, wie Energieeffizienz, erneuerbare Energien (unter besonderer Beachtung von Energiearmut), nachhaltige Mobilität und Verbesserung der Verkehrsinfrastrukturen.



Leben in einer Gesellschaft des Wandels: Zeit für einen gerechten Übergang Klimagerechtigkeit: die Notwendigkeit eines gerechten Anpassungsrahmens und einer gerechten Umweltpolitik

92

Eine EU-Verordnung zur Governance im Sinne von Klimagerechtigkeit: Ökologischer Fortschritt, z.B. durch wirksame Klimaschutzmaßnahmen, darf nicht zu sozialem Rückschritt führen. Das bedeutet, dass die Kosten der ökologischen Transformation nicht auf Haushalte mit niedrigem Einkommen abgewälzt werden sollten, sei es durch höhere Preise, Steuern oder durch nicht abgedeckte Arbeitsmarktveränderungen. Auch sollten durch Strukturbrüche gefährdete Regionen und benachteiligte gesellschaftliche Gruppen nicht einfach ihrem Schicksal überlassen werden. Soweit möglich, sollten Maßnahmen zur Dekarbonisierung von Wirtschaft und Gesellschaft so gestaltet werden, dass sie sozialen Fortschritt fördern und die Lebensbedingungen der Bürgerinnen und Bürger verbessern. Trotz lobenswerter EU-Initiativen (wie der Fonds für einen gerechten Übergang oder der zukünftige Klima-Sozialfonds) wird viel davon abhängen, wie nationale und regionale Regierungen die sozialen Risiken und Chancen des ökologischen Wandels steuern und bewältigen. Daher sollte die Europäische Kommission neben den Fit-for-55-Initiativen eine Verordnung zur Governance im Sinne der Klimagerechtigkeit vorlegen, die insbesondere auf dem Governance-Ansatz der Energieunion aufbaut, und die Mitgliedsstaaten zur Entwicklung nationaler Klimagerechtigkeitspläne verpflichten.

93

Die EU muss eine Anpassungsstrategie an den Klimawandel entwickeln, die rechtsverbindliche Ziele und Verfahren zur Abfederung der erwartbaren negativen Auswirkungen des Klimawandels definiert.

94

Die Notwendigkeit von Anpassungsmaßnahmen an die erwartbaren Effekte des Klimawandels muss verpflichtend in allen relevanten EU-Politikbereichen berücksichtigt werden, sodass in allen Politikbereichen mögliche Beiträge zu Anpassungsleistungen sowie die Möglichkeit der Herstellung von Synergieeffekten systematisch exploriert werden können. Zu diesen EU-Politiken zählen unter anderem Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion, Forstwirtschaft, Verkehr, Handel, Energie, Umwelt, Wasserwirtschaft, Gebäude, Infrastruktur, Industrie-, Meeres- und Fischereipolitik sowie Kohäsionspolitik, lokale Entwicklung und Sozialpolitik. Zudem ist es notwendig, sicherzustellen, dass andere Initiativen im Rahmen des Europäischen Grünen Deals mit den Maßnahmen zur Klimaanpassung und Abschwächung des Klimawandels vereinbar sind.

95

Entwicklung einer starken sozialen Dimension in Klimaanpassungsstrategien, bei der der Mensch an erster Stelle steht. Solche Anpassungsstrategien sollten aussagekräftige Indikatoren enthalten, um ihre sozioökonomischen Auswirkungen zu überwachen.

96

Soziale Sicherungssysteme stärken, um die unteren Einkommensschichten vor sozioökonomischen Risiken im Zusammenhang mit dem Klimawandel zu schützen.

97

Anpassungsmaßnahmen müssen die Gleichstellung der Geschlechter fördern. Das bedeutet, dass Frauen am „Gender-Screening“ von erwogenen Maßnahmen teilnehmen sollten, um deren geschlechterspezifische Auswirkungen zu bewerten.

98

Die EU sollte Kommunen und Gemeinden bei der Entwicklung und Umsetzung von Anpassungsplänen, z.B. in Bezug auf Stadtplanung, Investitionen in Infrastruktur und Wohnraum, unterstützen.

99

Die EU muss sich für die sozialen Auswirkungen des Klimawandels wappnen und hierzu in öffentliche Dienste, Infrastruktur, Systeme der sozialen Sicherheit und Sozialversicherungssysteme investieren.

100

Eine erfolgreiche Anpassungsstrategie erfordert die Bereitstellung öffentlicher Güter. Dies betrifft insbesondere die Bereitstellung von Informationen, genaue Klimaprognosen, öffentliche Infrastruktur, Hochwasserschutzsysteme, Frühwarnsysteme, Wissen und Technologie.

101

Einrichtung einer Klimarisikoversicherung für einkommensschwache Haushalte als elementarer Bestandteil des sozial-ökologischen Wohlfahrtsstaates, die, ähnlich den nationalen Krankenversicherungen, Schäden durch Naturkatastrophen oder extreme Wetterereignisse wie Hitzewellen, Starkniederschläge, Dürren und Stürme abdecken sollte.

102

Einführung eines europäischen Rechtsrahmens, der den aufgrund des Klimawandels erhöhten Sicherheits- und Gesundheitsrisiken für die Beschäftigten Rechnung trägt, und die Mitgliedsstaaten zur Vorbereitung von entsprechenden Arbeitsschutzmaßnahmen verpflichtet.

103

Solidaritätsmechanismen auf europäischer Ebene einrichten, um die Mitgliedsstaaten in Notfällen zu unterstützen.

104

Entwicklung und Umsetzung nationaler Anpassungsstrategien, insbesondere im Hinblick auf die Bewertung der sozioökonomischen Auswirkungen des Klimawandels unter Einbeziehung der Gewerkschaften.

105

Bereitstellung ausreichender Mittel für die Klimaanpassungsmaßnahmen durch eine Erhöhung der in den europäischen Struktur- und Investitionsfonds dafür vorgesehenen Fördermittel.

106

Unterstützung von gemeinsamen Projekten der europäischen Sozialpartner, die darauf zielen, Unternehmen Orientierungshilfen bei der Vorbereitung von Arbeitsschutzmaßnahmen im Hinblick auf die Auswirkungen des Klimawandels auf die Gesundheit und Sicherheit der Beschäftigten zu bieten.

107

Entwicklung integrierter Industriepolitiken, die mit den Zielen der nachhaltigen Entwicklung vereinbar sind, der Industrie klare strategische Ziele, einen stabilen regulatorischen, finanziellen, steuerlichen und rechtlichen Rahmen bieten und dadurch die Schaffung grüner und guter Arbeitsplätze fördern.

108

Förderung öffentlicher und privater Investitionen in grüne Technologien durch die europäische Forschungsförderung sowie durch die Schaffung europäischer Technologieplattformen für Technologien mit geringen oder keinen Kohlenstoffemissionen.

109

In Regionen und Branchen, die vom Übergang am stärksten betroffen sind, die wirtschaftliche Diversifizierung sowie die Annahme von Strategien und Maßnahmen fördern, die einen gerechten Übergang für die Beschäftigten ermöglichen.

110

Die Gewährleistung eines gerechten Übergangs erfordert eine Anpassung der Bildungs- und Berufsbildungssysteme, aber auch eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die aktiv die Schaffung von Arbeitsplätzen unterstützt und Ausbildung und lebenslanges Lernen fördert.

111

In Regionen, die von kohlenstoffintensiven Tätigkeiten abhängig sind, sollte der Übergangsprozess dazu führen, dass Beschäftigte durch Maßnahmen unterstützt werden, die auf Umschulungen von Beschäftigten in verschwindenden Branchen setzt, um diese für die Beschäftigung in wachsenden Sektoren zu qualifizieren.

112

In den Sektoren und Regionen, die am stärksten von der ‚grünen‘ Transformation der Wirtschaft betroffen sind, müssen sowohl Herausforderungen als auch Chancen im Zusammenhang mit dem Entkarbonisierungsprozess identifiziert und Initiativen zur Umschulung und Verlagerung von Arbeitnehmern in wachsende Sektoren gefördert werden.

113

Integration angemessener sozialer Sicherungsmaßnahmen in die nationale Klimaschutzpolitik, einschließlich Maßnahmen, die speziell auf Beschäftigte und Berufsgruppen zugeschnitten sind, die von großen strukturellen Veränderungen betroffen sind.

114

Entwicklung von Unterstützungsmechanismen, einschließlich öffentlicher Förderinstrumente und wirtschaftlicher Anreize, um sicherzustellen, dass eine Infrastruktur und angemessene Unterstützung für Verbraucher geschaffen wird, die sich für einen kohlenstoffarmen Lebensstil entscheiden.

115

Einführung eines europäischen Rechtsrahmens, der klarstellt, dass der Zugang zu Energieversorgung ein soziales Grundrecht ist. Zu diesem Zweck sollte eine europäische Definition von Energiearmut festgelegt werden, die von den Mitgliedsstaaten gemäß ihren nationalen Gegebenheiten angepasst werden kann, um dieses Recht so effizient wie möglich in den nationalen Rechtsordnungen zu verankern.

116

Um die Grundursachen der Energiearmut zu bekämpfen, sollte die Renovierungsrate von Wohnungen und Wohnhäusern durch nachgeschärfte Ziele in Bezug auf Energieeffizienz und eine Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden verdreifacht werden. In diesem Zusammenhang sollten Kriterien festgelegt werden, die sicherstellen, dass entsprechende Förderinstrumente zu einem erheblichen Teil einkommensschwachen und energiearmen Haushalten zugutekommen. Eine „Europäische Beobachtungsstelle für Energiearmut“, die alle Stakeholder zusammenbringt, sollte ebenfalls angestrebt werden, nicht zuletzt, um zur Entwicklung europäischer Indikatoren für Energiearmut beizutragen.

117

Die Europäische Kommission sollte unverzüglich eine „Strategie für einen gerechten Übergang für den Automobilsektor“ auf den Weg bringen, um Strukturwandel zu antizipieren und zu bewältigen.

118

Europäische Anreize für effizientere Verfahren auf Ebene der Mitgliedsstaaten: Entsprechend aufgestockte Finanzierungsinstrumente der EU sollten lokalen, regionalen und nationalen Behörden helfen, administrative, finanzielle und wirtschaftliche Hindernisse zu überwinden, um Renovierungen für alle zugänglich zu machen.

119

Öffentliche Subventionen zugunsten fossiler Brennstoffe müssen so schnell wie möglich abgeschafft werden.



Leben auf einem gesunden Planeten

Ein gerechter Weg zur Klimaneutralität

120

Umfassendere politische Ziele für die CO₂-Bepreisung setzen: Die Europäische Kommission muss umfassendere, vollständigere und detailliertere Bewertungen zu den Auswirkungen der CO₂-Bepreisung auf Arbeitsplätze und Beschäftigung bereitstellen. Ziel muss es sein, den sozialen Gesamtnutzen einer verstärkten Klimapolitik zu maximieren, insbesondere in Bezug auf die Lebensbedingungen vor Ort und den sozialen Zusammenhalt.

121

Das EU-Emissionshandelssystem (EHS) effizienter machen. Dazu sollte die Obergrenze des EU-EHS deutlich abgesenkt werden.

122

Das EHS gerechter machen. Die kostenlose Zuteilung von Verschmutzungszertifikaten sollte abgeschafft und durch die Versteigerung aller Emissionsberechtigungen ersetzt werden. Diese Maßnahme würde das EU-EHS für die Bürgerinnen und Bürger gerechter machen, da sie dazu führen würde, die Kosten des Übergangs gleichmäßiger zwischen Bürgern und Industrie zu verteilen.

123

Der CO₂-Grenzausgleichsmechanismus muss Teil einer umfassenderen EU-Industriestrategie sein und mit einer vollständigen Abschaffung aller aktuellen Maßnahmen zur Eindämmung der Verlagerung von CO₂-Emissionen, einschließlich kostenloser EHS-Zertifikate, einhergehen. Er sollte so konzipiert sein, dass das Risiko einer Verlagerung von Fertigungsaktivitäten in nachgelagerte Bereiche der Wertschöpfungskette begrenzt wird.

124

Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung (reformiertes EHS und CBAM) Programmen für einen gerechten Übergang und zur Minderung des Klimawandels zuweisen. Gleichzeitig sollten Optionen für flankierende Kohlenstoffbepreisungsmechanismen geprüft werden, die dafür sorgen, dass auch in Nicht-EHS-Sektoren Beiträge zu solchen Klimaschutz-Finanzierungssystemen gezahlt werden.

125

CO₂-Dividenden als Instrument für Klimagerechtigkeit. Die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung sollten verwendet werden, um möglichen negativen sozialen und wirtschaftlichen Folgen des Dekarbonisierungsprozesses entgegenzuwirken. Die Einnahmen aus der höheren CO₂-Bepreisung sollten an die Bürger zurückgegeben werden. Dazu sollte ein System von Transferzahlungen entwickelt werden, mit dessen Hilfe Haushalte unterstützt werden, deren Lebenshaltungskosten durch die Kohlenstoffbepreisung besonders stark steigen.

126

CO₂-Neutralität an den Verbrauchsemissionen messen, nicht nur an den Produktionsemissionen, und auf dieser Grundlage und unter Einbeziehung von Gerechtigkeitskriterien eine umfassende globale Klimagerechtigkeitsstrategie fördern, die auf die faire globale Verteilung der notwendigen Emissionseinsparungen abzielt.

127

Festsetzung eines europäischen Kohlenstoffbudgets. Die Europäische Kommission sollte bis Ende 2021 ein CO₂-Budget für die EU definieren, mit dem die Menge der verbleibenden CO₂-Emissionen bestimmt wird, die noch freigesetzt werden kann, ohne das Erreichen der Ziele des Pariser Klimaabkommens zu gefährden. Dieses Budget sollte in Fünfjahreszeiträume bis 2050 unterteilt sein, innerhalb derer die Entwicklung der Gesamtemissionsmenge sowie deren Verteilung festgesetzt werden.



Leben auf einem gesunden Planeten

Klimaziele, Nachhaltigkeit und sozialen Zusammenhalt mainstreamen

128

Entwicklung eines breiten Förderpakets für eine klimaneutrale EU-Industrie bis 2050, die insbesondere auf die Mobilisierung von Investitionen in die Entwicklung und den Einsatz kohlenstoffarmer Technologien abzielt.

129

Entwicklung einer ganzheitlichen Strategie für erneuerbare Energien: Eine Anhebung des Ziels für erneuerbare Energien kann dazu beitragen, eine industrielle Wertschöpfungskette für erneuerbare Technologien in der EU zu sichern und zu entwickeln und damit neue hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen.

130

Schlüsseltechnologien als Wege zur Entkarbonisierung energieintensiver Industrien fördern.

131

Europäische Plattformen für die Zusammenarbeit für nachhaltige Prozesstechnologien und Organisation industrieller Symbiose einrichten, z. B. durch gemeinsame Infrastrukturen.

132

Entwicklung von Anpassungsprogrammen für KMU in den Wertschöpfungsketten energieintensiver Industrien, um ihnen zu helfen, ihre Tätigkeiten unter Erhalt von Arbeitsplätzen neu auszurichten.

133

Synergieeffekte zwischen Energieeffizienz und dem Ausbau erneuerbarer Energien verbessern. Die Transformation zu einem nachhaltigen Energiesystem durch den massiven Ausbau erneuerbarer Energien und die Festlegung ehrgeiziger Ziele zur Steigerung der Energieeffizienz würden zur Erreichung der Klimaziele beitragen und sich finanziell selbst tragen. Sie würde bis 2050 zu einer massiven Schaffung von Arbeitsplätzen führen während ihr Nutzen für Gesundheit, Umwelt und Klima Einsparungen ermöglicht, die sechsfach über die hierfür notwendigen Investitionen hinausgehen.

134

Neue Infrastrukturen aufbauen, um neue Technologien und Prozesse zu fördern. Damit die richtige Infrastruktur zur richtigen Zeit gebaut wird, bedarf es einer sorgfältig abgestimmten Planung in Verbindung mit gezielten Anreizen. Um beispielsweise auf grünen Wasserstoff setzen zu können, muss sowohl die Erzeugung als auch die Verteilung von Strom aus erneuerbaren Quellen schnellstmöglich modernisiert werden, was im Rahmen der Ausgestaltung der Europäischen Energieunion gewährleistet werden sollte.

135

Die Grenzen der CO₂-Abscheidung und -Speicherung anerkennen. Die EU sollte die Ziele für Emissionseinsparungen und für die Abscheidung und Speicherung von CO₂ unabhängig voneinander festsetzen, um sicherzustellen, dass beide Ziele getrennt voneinander verfolgt und kontraproduktive Anreize vermieden werden.

136

Verfügbarkeit als zentrales Prinzip der Modernisierung von Mobilitätssystemen, d. h. sicherstellen, dass Menschen Arbeitsplätze, Güter, Dienstleistungen und Einrichtungen leicht erreichen können, durch Vorrang für nachhaltige Verkehrsmittel und die Schaffung von Nähe zwischen Menschen und Orten, um einen Beitrag zur Erhöhung des Klimaschutzzpotenzials zu leisten und gleichzeitig die Lebensqualität durch mehr Gerechtigkeit, Gesundheit, Wirtschaftlichkeit, Verkehrssicherheit und umfassendere Umweltauswirkungen zu verbessern.

137

Überarbeitung der Ökodesign-Vorschriften: Um nachhaltige Produkte zur Norm zu machen, sollte die Palette der Produkte ausgeweitet werden, die durch Ökodesign-Mindestanforderungen erfasst wird. Entsprechende Anforderungen sollten den Material- und Chemikaliengehalt von Produkten erfassen, genauso wie deren Haltbarkeit, Reparierbarkeit, Recyclingfähigkeit, CO₂-Bilanz, ökologischen Fußabdruck und Gehalt an recycelten Materialien.

138

Wirtschaftliche Anreize für Ressourcenschonungs-Strategien schaffen: Anreize zur Schaffung eines funktionierenden Reparaturmarktes können Kosten senken und Verbraucher zur Reparatur ermutigen.

139

Neue Ökodesign-Anforderungen für digitale und elektronische Produkte entwickeln, insbesondere durch die Umsetzung einer erweiterten EU-Herstellerverantwortung, sodass Hersteller für den gesamten Lebenszyklus von Produkten verantwortlich sind.

140

Wachsende Abfallentsorgungsprobleme angehen: Alle Verpackungen müssen auf Wiederverwendung und Recycling ausgelegt sein, Transparenz über ihre chemische Zusammensetzung bieten, getrennt gesammelt werden und aus nachhaltig beschafften Materialien hergestellt werden.



Leben auf einem gesunden Planeten

Der entscheidende Beitrag natürlicher Kohlenstoffsenken zur Minderung der Treibhausgasemissionen

141

Nur Biomasse, die die Nachhaltigkeitskriterien einhält, sollte in der EU-Klimagesetzgebung als klimaneutral gelten. Die Treibhausgasemissionen aus der Verbrennung von Biomasse, die diese Kriterien nicht erfüllen, müssen in den CO₂-Bepreisungsmechanismen berücksichtigt werden.

142

Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU muss konkrete Maßnahmen gegen die Umwandlung von Landfläche in Ackerland voranbringen und die Wiederherstellung beschädigter Kohlenstoffsenken finanzieren.

143

Verstärkung der EU-Maßnahmen gegen Entwaldung und Waldschädigung.

144

Einführung einer weitreichenden Beschränkung von Mikroplastik in Produkten, die auf dem Europäischen Binnenmarkt in Verkehr gebracht werden, um deren Freisetzung in die Meeresumwelt zu vermeiden.



Leben auf einem gesunden Planeten

„Eine“ planetare und menschliche Gesundheit

145

Mainstreaming des „One Health“-Ansatzes^{*} in Europa, um die Vorbereitung auf Pandemien zu verbessern, Programme zur Pandemieerhütung zu verbessern und Pandemieereignisse sektorübergreifend zu untersuchen und zu kontrollieren.

146

Prävention kann einen erheblichen Beitrag zu Nachhaltigkeit und sozialen Zusammenhalt leisten und Gesundheitssysteme stärken, insbesondere im Hinblick auf die wachsende Belastung durch chronische Krankheiten im Zusammenhang mit umweltbedingten Ursachen. Eine gezielte Bereitstellung von Maßnahmen und Dienstleistungen für besonders gefährdete Bevölkerungsgruppen ist hierbei von entscheidender Bedeutung. Eine universelle Gesundheitsversorgung sollte ein Schlüsselement dieser Bemühungen sein, um gleiche Bedingungen in Bezug auf den Zugang und die Inanspruchnahme von Gesundheitsdiensten zu schaffen.

147

Erweiterung der europäischen Säule sozialer Rechte um ein neues Kapitel, das das Recht auf eine gesunde Umwelt als unerlässlich für die Wahrung guter Lebens- und Arbeitsbedingungen unterstreicht.

148

Stresstests für nationale Gesundheitssysteme entwickeln, um ihre Fähigkeiten im Hinblick auf die sozial gerechte Bewältigung von Krankheiten und erwartbare klimawandelbedingte Schocks zu bestimmen.

149

Maßnahmen, die darauf abzielen, die Auswirkungen des Klimawandels auf die menschliche Gesundheit zu verringern (z.B. durch Stärkung der Gesundheitsdienste), mit Maßnahmen zur Armutsbekämpfung und zum Abbau von Ungleichheiten koordinieren.

150

Schutz und Anerkennung von Biodiversität als globales öffentliches Gut und Vorbereitung entsprechender Maßnahmen auf allen Regierungsebenen, zusätzlich zur kürzlich vorgeschlagenen Biodiversitätsstrategie für 2030.

^{*} „One Health“ – eine Gesundheit – ist ein von den Vereinten Nationen geförderter Ansatz zur Entwicklung und Umsetzung von Programmen, Maßnahmen, Rechtsvorschriften und Forschung, bei dem eine Vielzahl von Akteuren aus unterschiedlichen Bereichen miteinander kommunizieren und zusammenarbeiten, um bessere Ergebnisse im Bereich der Gesundheitspolitik zu erzielen.

151

Einführung eines Biodiversitätsgesetzes: Der Verlust der biologischen Vielfalt und der Klimawandel sind Herausforderungen von ähnlicher Dringlichkeit und grundlegend miteinander verbunden. Beide Herausforderungen müssen im Rahmen der Transformation zu einer Gesellschaft, die Nachhaltigkeit und sozialen Zusammenhalt ermöglicht, angegangen werden. Anstatt Anreize für Aktivitäten zu setzen, die der biologischen Vielfalt schaden, sollten die Regierungen und die EU Subventionen auf Aktivitäten umlenken, die einen positiven Einfluss auf die Biodiversität haben. Das würde bedeuten, einen rechtsverbindlichen Rahmen – ähnlich dem Klimagesetz – für die biologische Vielfalt festzulegen, der eine Reihe verbindlicher Ziele für 2030, 2040 und 2050 aufbauend auf den im Rahmen der COP15 eingegangenen Verpflichtungen definiert. Die Kommission sollte unverzüglich einen Legislativvorschlag in diesem Sinne vorlegen.

152

Der Schutz der biologischen Vielfalt sollte auf der Grundlage der ‚grünen‘ Investitionstaxonomie in alle EU-Ausgaben- und Förderprogramme integriert werden. Dabei sollten sowohl das Vorsorgeprinzip als auch das Verursacherprinzip Anwendung finden.

153

Investitionen in die Erhaltung, die nachhaltige Nutzung und Wiederherstellung der biologischen Vielfalt erhöhen und einen Preis für den Verlust der Biodiversität festsetzen. Zu diesem Zweck müssen Biodiversitäts-Ausgabenziele für Corona-Wiederaufbauprogramme festgelegt und Subventionen, die der Biodiversität schaden, reformiert werden.

154

Entwicklung von Gesundheitsfolgenabschätzungen, insbesondere in Hinblick auf das Risiko der Entstehung neuartiger Krankheiten und Pandemien, und deren Anwendung in der Planung von großen Entwicklungs- und Landnutzungsprojekten.

155

Ausrichtung der GAP auf die Ziele des europäischen Grünen Deals durch Bereitstellung ausreichender GAP-Fördermittel, um Anreize für Landwirte zu schaffen, die Ziele des europäischen Grünen Deals zu erreichen. Dies sollte insbesondere dazu beitragen, den Einsatz von Pestiziden, Düngern und antimikrobiellen Mitteln zu reduzieren, den ökologischen Landbau auszuweiten, Agrarökologie und Agroforstwirtschaft zu fördern, Landschaftselemente mit hoher Biodiversität zu begünstigen, Treibhausgasemissionen zu vermindern, Lebensmittelverschwendung zu bekämpfen und Elemente der Kreislaufwirtschaft im Agrarsektor zu stärken, unter anderem durch einen besseren Nährstoffkreislauf, den Schutz und die Wiederherstellung von Ökosystemen (insbesondere in Natura 2000- und Naturschutzgebieten) und durch die Förderung einer nachhaltigen und gesunden Ernährung.

156

Durchsetzung des Vorsorgeprinzips, des Prinzips der „Nicht-Regression“ und des Prinzips der Schadensvermeidung in allen Aspekten der Ernährungs- und Agrarpolitik.

157

Gesetzeslücken im Bereich des Bodenschutzes durch einen rechtsverbindlichen Rahmen zur Bekämpfung der Verschlechterung der Bodenqualität auf EU-Ebene schließen, einschließlich zum Zweck der Verringerung der Bodenerosion, der Verbesserung der Bodengesundheit und der biologischen Vielfalt sowie der Bekämpfung von Bodenverunreinigungen.

158

Die Bekämpfung von Agrarmarktkrisen mithilfe der GAP verbessern, insbesondere durch eine ausreichende zweckgebundene Haushaltsreserve und echte nationale und europäische sektorale Regulierungsbehörden, ähnlich wie im Energiesektor.

159

Förderung der agroökologischen Landwirtschaft in der EU: So sollen Produktions- und Konsummodelle gefördert werden, die zur Minderung des Risikos der Häufung chronischer Krankheiten und der Entstehung neuer Krankheitserreger beitragen.

160

Annahme einer umfassenden Umweltschutzstrategie, um Kohärenz in Bezug auf die komplexen Verflechtungen zwischen den für Umweltschutz und Gesundheit relevanten Politikbereichen zu gewährleisten. Die Strategie sollte einen kohärenten Rahmen für umweltbedingte Bedrohungen der öffentlichen Gesundheit, einschließlich durch Luft-, Wasser- und Bodenverschmutzung, bieten.

161

Nutzung von Synergieeffekten zwischen dem Null-Schadstoff-Aktionsplan und dem europäischen Plan zur Krebsbekämpfung, der Strategie „Farm to Fork“ (Vom Hof auf den Tisch) und der EU-Biodiversitätsstrategie 2030.

162

Entwicklung einer europäischen Strategie, um konkrete Maßnahmen zur Verringerung der Belastung durch endokrin wirksame Chemikalien (EDC) wie Pestizide vorzuschlagen, als Teil des Null-Schadstoff-Ziels der EU.

163

Systematische Bewertung der Auswirkungen gefährlicher Stoffe auf Luft-, Boden- und Wasserressourcen während ihres gesamten Lebenszyklus, insbesondere auch durch entsprechende Folgenabschätzungen, die in entsprechenden Regulierungsprozessen zur Anwendung kommen.

164

Entwicklung digitaler Lösungen zur Verringerung der Umweltverschmutzung: Live-Überwachung von Luftqualität und Emissionen, Einrichtung eines harmonisierten Warnsystems für gesundheitsgefährdende Verschmutzungslagen; zentrale Erfassung aller verfügbaren Daten zur Umweltverschmutzung, um deren Rückverfolgbarkeit entlang des gesamten Lebenszyklus von der Produktion über die Nutzung bis hin zu den Emissionen und Freisetzungphasen zu verbessern.



Leben in einer gerechten, gleichberechtigten und vielfältigen Gesellschaft

Existenzsicherheit für alle in Europa

165

Verabschiedung eines EU-Gesetzes zur Armutsbekämpfung, das die Politik der EU und der Mitgliedsstaaten verpflichtet, auf die vollständige Beseitigung von Armut bis 2050 hinzuwirken.

166

Armutquoten mithilfe von Referenz-Warenkörben bestimmen, die Armut im Verhältnis zu den tatsächlichen Lebenshaltungskosten bemessen.

167

Europäische Standards für Grundversicherungssysteme festlegen, sodass alle Bürgerinnen und Bürger unabhängig von ihrem Alter oder ihrem Beschäftigungsstatus Zugang zu armutsicheren Mindesteinkommen haben.

168

Das Armutsbekämpfungsgesetz und seine Ziele in den Europäischen Pakt für nachhaltiges Wohlergehen einbetten.

169

Fördermittel für die Umsetzung des Armutsbekämpfungsgesetzes im Rahmen des EU-Sozialfonds und der EU-Investitionsfonds bereitstellen.

170

Einen EU-Rückversicherungsfonds für Mindesteinkommenssysteme einrichten, um sicherzustellen, dass diese auch während Krisen angemessen finanziert sind.

171

Einrichtung einer unabhängigen Kommission zur Entwicklung von Politikempfehlungen für die Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme.

172

Eine europäische nachhaltige Beschäftigungsgarantie einführen, die Langzeitarbeitslose fördert und sozialen Zusammenhalt vor Ort fördert.

173

Annahme des EU-Richtlinienvorschlags zu angemessenen Mindestlöhnen, um Lohnuntergrenzen in allen Segmenten des EU-Arbeitsmarktes einzuführen.

174

Entwicklung einer europäischen Strategie zur Beseitigung prekärer Beschäftigungsverhältnisse bis zum Jahr 2030.

175

Verbesserung der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsbedingungen von Selbstständigen durch die Entwicklung gezielter Schutzinstrumente und Unterstützungsangebote.

176

Fortsetzung der Bemühungen um eine faire grenzüberschreitende Arbeitskräftemobilität im EU-Arbeitsmarkt, insbesondere durch die verbesserte Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit.

177

Gewährleistung fairer Arbeitsbedingungen in der Plattformwirtschaft durch die Verabschiedung von EU-Rechtsvorschriften, die auf Online-Plattformen den Status der abhängigen Beschäftigung als Normalfall definieren.

178

Ein EU-Paket für faire Telearbeit vorschlagen, das Flexibilität für Beschäftigte fördert und ihre Arbeitnehmerrechte, Gesundheit und Sicherheit schützt.

179

Schaffung einer EU-Wohnraumgarantie, die den Bürgerinnen und Bürgern ein durchsetzbares Recht auf angemessene und bezahlbare Unterkunft gibt.

180

Verstärkte und verbindliche Wohnungsmarktindikatoren in den Europäischen Pakt für Nachhaltigkeit und sozialen Zusammenhalt integrieren.

181

Entwicklung einer echten EU-Governance für Wohnen und Bauen.

182

Öffentliche und private Investitionen mobilisieren, um sicherzustellen, dass die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum gedeckt wird.

183

Die Wohnraumbedürfnisse einer alternden EU-Bevölkerung in der europäischen und nationalen Wohnungsbaupolitik berücksichtigen.

184

Den europaweiten Austausch bewährter Verfahren in der Wohnungspolitik zwischen nationalen und lokalen Behörden anregen.

185

EU-Qualitätsstandards für Kinderbetreuungs- und Langzeitpflegedienste entwickeln, um sicherzustellen, dass europaweit ausreichende und qualitativ hochwertige Pflegedienste zur Verfügung stehen.

186

Gute Arbeitsbedingungen im Pflegebereich durch gezielte Maßnahmen zur Verbesserung der Löhne und der Aus- und Weiterbildung des Pflegepersonals fördern.

187

Öffentliche und gemeinwohlorientierte Betreiber im Pflegebereich bevorzugen.

188

Einführung einer EU-Pflegegarantie, um sicherzustellen, dass informelle Pflegekräfte, zum Beispiel Familienangehörige, über ein angemessenes Einkommen verfügen.

189

Unterstützung der Mitgliedsstaaten bei der Erreichung der Ziele des Europäischen Pflege-Deals durch EU-Förderprogramme.

190

Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Europäischen Pflege-Deal auf EU-Ebene koordinieren.



Leben in einer gerechten, gleichberechtigten und vielfältigen Gesellschaft Einkommens- und Vermögensungleichheiten bekämpfen

191

Eine europäische Tarif-Offensive, um bis 2030 eine Tarifbindung von 90% im EU-Arbeitsmarkt zu erreichen.

192

Bessere Tarifverhandlungsergebnisse für Teilzeitbeschäftigte durch den Austausch bewährter Verfahren fördern.

193

Tarifverhandlungen für Selbstständige durch gezielte Reformen des Wettbewerbsrechts ermöglichen.

194

Den EU-Richtlinienvorschlag zur Lohntransparenz stärken und annehmen, um Lohndiskriminierung und exzessive Lohnungleichheiten zu bekämpfen.

195

Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips in Steuerfragen im Europäischen Rat, das effektive Fortschritte in Richtung Steuergerechtigkeit verhindert.

196

Einführung einer EU-weiten Vermögenssteuer, die sicherstellt, dass die wohlhabendsten Haushalte in der EU zur Finanzierung von Maßnahmen beitragen, die Nachhaltigkeit und sozialen Zusammenhalt fördern.

197

Den globalen Unterbietungswettbewerb bei der Besteuerung von Unternehmensgewinnen durch die Umsetzung des internationalen Abkommens über einen effektiven Mindestkörperschaftssteuersatz beenden.

198

Die Unternehmensbesteuerung in der EU harmonisieren, um Steuerwettbewerb zu unterbinden und die Kosten für die Einhaltung von Steuervorschriften für im Binnenmarkt tätige Unternehmen zu verringern.

199

Einführung einer EU-Finanztransaktionssteuer und einer Digitalsteuer als Eigenmittel für den EU-Haushalt.

200

Einführung einer befristeten Sondersteuer für Unternehmen mit überdurchschnittlich hohen Gewinnen während der COVID-19-Pandemie als Beitrag zur Bewältigung der Krisenkosten.

201

Transparenz- und Rechenschaftspflichten bei der Unternehmens- und Vermögensbesteuerung zu schaffen.

202

Eine progressive Initiative zur Annahme einer Gemeinschaftsvermögens-Charta für die Stärkung öffentlicher Dienste und die Verwirklichung von Gemeinschaftsprojekten mit sozialem und ökologischem Nutzen lancieren.



Leben in einer gerechten, gleichberechtigten und vielfältigen Gesellschaft

Frauen und Minderheiten stärken – die Helden der Pandemie

203

Eine Bewertung der europaweiten Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Gleichstellung vorlegen und einen EU-Gleichstellungsgipfel einberufen, um politisches Bewusstsein für die Lage marginalisierter gesellschaftlicher Gruppen zu schaffen und Prioritäten für die künftige Politik zu setzen.

204

Einführung eines jährlichen EU-Berichtsverfahrens zu Vielfalt und Inklusion, um eine strukturierte und regelmäßige Auseinandersetzung der EU-Politik mit einschlägigen Herausforderungen und Entwicklungen zu ermöglichen.

205

Einrichtung einer eigenständigen Gleichstellungsformation im Rat als Gegenstück der entsprechenden Strukturen im Europäischen Parlament und in der Kommission.

206

Verabschiedung einer horizontalen Antidiskriminierungsrichtlinie, um sicherzustellen, dass die Bürgerinnen und Bürger Zugang zu wirksamen Rechtsbehelfen in Bezug auf alle Formen von Diskriminierung in allen Bereichen der Gesellschaft haben.

207

Entwicklung eines einheitlichen Statuts für nationale Antidiskriminierungsstellen, die zur Änderung gesellschaftlicher Diskurse beitragen, Diskriminierungsopfern Hilfe leisten und die Vorbereitung wirksamer politischer Maßnahmen unterstützen.

208

Rechtliche Verpflichtungen zur Schließung des geschlechtsspezifische Lohn- und Rentengefälles bis 2030 durch wirksame Reformen der Sozialversicherungssysteme und des Arbeitsmarktes eingehen.

209

Blockaden in den Verhandlungen über die Richtlinie zu „Frauen in Aufsichtsräten“ lösen und sicherstellen, dass Frauen gleichberechtigten Zugang zu Führungspositionen in der Wirtschaft haben.

210

Quoten für die Vertretung von Frauen in öffentlichen Ämtern festlegen.

211

Gender Mainstreaming und geschlechtsspezifische Folgenabschätzungen breiter in der EU-Politikgestaltung und in EU-Investitionsprogrammen nutzen.

212

Umsetzung der Istanbul-Konvention des Europarats in EU-Recht, um einen einheitlichen EU-Rahmen für die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen zu entwickeln.

213

Sexuelle und reproduktive Rechte ‚krisenfest‘ machen, indem die Auswirkungen der Coronakrise hinsichtlich der Verfügbarkeit entsprechender Dienste und Ressourcen bewertet und wirksame Abhilfemaßnahmen vorbereitet werden.

214

Eine effektive Umsetzung der LGBTIQ-Gleichstellungsstrategie der EU gewährleisten, insbesondere durch den Einsatz von Rechtsinstrumenten, um echte Veränderungen zu erreichen.

215

Das Amt eines europäischen Koordinators für die Belange von Menschen mit Behinderung schaffen.

216

Ein einheitliches und faires System für die legale Arbeitsmigration schaffen, um Anreize für irreguläre Migration zu mindern und Arbeitsmarktbedarfe zu decken.

217

Gemeinden und Kommunen bei der Integration von Migranten und Geflüchteten durch finanzielle Unterstützung für lokale Behörden unterstützen.

218

Rechtsstaatlichkeit verteidigen.

219

Einführung eines europäischen Statuts für unabhängige Organisationen der Zivilgesellschaft, um eine lebendige Zivilgesellschaft zu fördern.



Leben in einer Welt der Nachhaltigkeit und des globalen Zusammenhalts

220

Patente freigeben, um weltweit die Herstellung und den Vertrieb von COVID-19-Impfstoffen auf der ganzen Welt zu beschleunigen.

221

Ein mehrjähriger globaler Finanzierungsplan in Höhe von 30 Milliarden US-Dollar zur Bereitstellung von Impfstoffen für die ärmsten Länder.

222

Eine EU-Initiative, um einen globalen Entwurf für statistische Indikatoren „jenseits des BIP“ im Rahmen des Systems der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Vereinten Nationen sowie einen neuen Governance-Ansatz zur weltweiten Förderung des „Wellbeingbudgeting“ vorzuschlagen.

223

Eine EU-Initiative für einen Internationalen Gipfel für Nachhaltigkeit und sozialen Zusammenhalt in der zweiten Hälfte des Jahres 2022 auf der Grundlage eines Multi-Level- und Multi-Stakeholder-Ansatzes unter Beteiligung von nationalen Regierungen, Regionen, Städten und nichtstaatlichen Akteuren (einschließlich Gewerkschaften, zivilgesellschaftlicher Organisationen und engagierter multinationaler Unternehmen).

224

Ein ehrgeiziger 15-Punkte-Plan für ein Klimaziel von 1,5°C für die COP26 in Glasgow.

225

Eine neue globale klimapolitische Initiative der Vereinten Nationen für 2023 mit dem Ziel, schon bis 2045 (und in besonders fortschrittlichen Ländern bis 2040) globale Klimaneutralität zu erreichen und ambitionierte Ziele für negative Emissionen zu setzen.

226

Eine EU-Initiative für einen Globalen Green Deal bis zum Start der COP26.

227

Ein globaler Gesellschaftsvertrag mit fünf Initiativen:

- Die Stärkung der Internationalen Arbeitsorganisation in der Definition von globalen Sozialstandards und in der globalen Governance in Bezug auf die Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen

- Die Einführung eines globalen Sozialsiegels
- Eine globale politische Initiative für informelle Arbeit in der Weltwirtschaft
- Ein globaler Fonds für soziale Sicherheit und Gesundheit

228

Ein globaler Mindestkörperschaftssteuersatz von mindestens 20% und eine gerechte Verteilung der Unternehmenssteuereinnahmen, insbesondere im Hinblick auf ärmere Länder.

229

Ein Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Unternehmensverantwortung.

230

EU-Handelsverhandlungen mit klaren und umsetzbaren Nachhaltigkeitsfahrplänen flankieren.

231

Wirksamere und durchsetzbare Kapitel zu Handel und nachhaltiger Entwicklung in EU-Handelsabkommen aufnehmen.

232

„Grüne“ gegenüber „braunen“ Waren und Dienstleistungen in EU-Außenhandelsabkommen begünstigen.

233

Bessere und rechtzeitigere Nutzung von Nachhaltigkeitsfolgenabschätzungen in EU-Handelsgesprächen.

234

Nationale und regionale Nachhaltigkeitsziele in der EU-Handelspolitik berücksichtigen.

235

Strategische Partnerschaften mit Entwicklungsländern eingehen, damit Entwicklungschancen in wichtigen Wertschöpfungsketten für eine nachhaltige Wirtschaft genutzt werden können.

236

Unternehmen in die Pflicht nehmen, um Nachhaltigkeitsinitiativen im Rahmen von Handelsbeziehungen zu verwirklichen.

237

Die Welthandelsorganisation reformieren, um sicherzustellen, dass ihre Arbeit und ihr Regelwerk Handel im Interesse einer globalen nachhaltigen Entwicklung fördert.

238

Multilaterale Kapazitäten ausbauen, um sicherzustellen, dass Handel zur Erreichung globaler gesundheitspolitischer Zielsetzungen beiträgt.

239

Eine EU-Initiative zur Förderung eines integrierten Ansatzes rund um ein neues sozial-ökologisches Verständnis der Entwicklungspolitik.

240

Entwicklungshilfe ausbauen, insbesondere durch die Initiative der Vereinten Nationen zur Entwicklungsfinanzierung in der COVID-19-Ära und durch die EU-weite Verwirklichung des 0,7%-Ziels für die öffentliche Entwicklungshilfe bis 2030.

241

Eine Weltkommission für die globale Ordnungspolitik des 21. Jahrhunderts einrichten.

242

Eine globale Gemeinschaftsvermögens-Charta.

» Zeit für Nachhaltigkeit und sozialen Zusammenhalt ist das Ergebnis der Arbeit der Independent Commission for Sustainable Equality unter dem gemeinsamen Vorsitz von Poul Nyrup Rasmussen und Teresa Ribera Rodríguez. Dieser Bericht soll sicherstellen, dass wir für die Herausforderungen unserer Zeit gerüstet sind und über neue, ehrgeizige und gangbare Ideen für kommende politische Auseinandersetzungen verfügen. Er beschreibt unsere gemeinsame Vision für eine fortschrittliche Gesellschaft, in der Klimaneutralität und nachhaltiger sozialer Zusammenhalt im Mittelpunkt unseres Denkens stehen.«

Iratxe García Pérez,

Vorsitzende der S&D Fraktion im Europäischen Parlament

» Die wichtigste Botschaft dieses Berichts ist somit, dass progressive politische Kräfte eine neue Allianz zwischen ökologischem und sozialem Fortschritt schmieden müssen. Der Einsatz für die Umwelt und für eine gerechtere Gesellschaft sind Teil desselben Kampfes.«

Eric Andrieu,

Stellvertretender Vorsitzender der S&D Fraktion im Europäischen Parlament

» Wir müssen eine gemeinsame Zukunft auf der Grundlage der Werte der Solidarität, Menschenwürde und Achtung vor der Natur gestalten, und dafür Sorge tragen, dass wirtschaftliche Aktivitäten fest in einen Ordnungsrahmen eingebettet sind, der sich an gesellschaftlichen Bedürfnissen und den Belastungsgrenzen des Planeten orientiert. Dieses Vorhaben zum Erfolg zu führen, ist besonders wichtig für unsere Jugend, der wir eine andere und bessere Zukunft schuldig sind.«

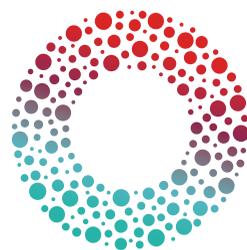
Teresa Ribera Rodríguez,

Stellvertretende Ministerpräsidentin Spaniens

Poul Nyrup Rasmussen,

Ehemaliger Ministerpräsident Dänemarks und ehemaliger Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Europas

Ko-Vorsitzende der Independent Commission for Sustainable Equality



**progressive
society**